

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Curt Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Jannitsch & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. Fernsprechanschlüsse: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 411. —

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Lesabnehmern vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk., ohne Zustellung. Einzelne Nummern 5 Pf. — Inserationsgebühren: die Ispaltene Spaltenbreite 15 Pf., in Restamtsel 25 Pf., in Restamtsel 30 Pf. Postfachnummer: Nr. 5538 Berlin. — Gewagter Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 24.

Magdeburg, Donnerstag den 29. Januar 1914.

25. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“.

## Oesterreichische Finanzreform.

Seit dem Jahre 1908 dauert der Kampf um die Steuerreform in Oesterreich. Die Regierung hatte dem Abgeordnetenhaus zugemutet, eine Steuerreform zu beschließen, die auf neuen indirekten Steuern aufgebaut war. Ursprünglich sollte die Steuer auf Bier und Branntwein erhöht werden, aber die Protestbewegung, die von den Sozialdemokraten sofort eingeleitet wurde, machte diesen Plan zunichte. 2 Jahre später kam die Regierung mit einem neuen „Finanzplan“. Die Biersteuer wurde ganz fallen gelassen, dafür kam ein ganzes Bündel anderer indirekter Steuern: außer der Branntweinsteuer Steuern auf Sodawasser, auf Mineralwässer und auf Wein, und angekündigt wurde auch noch eine Zündhölzchensteuer. Diese indirekten Steuern sollten verdaulich gemacht werden durch eine ungenügende Erbschaftsteuer und eine Reform der Einkommensteuer, die im wesentlichen in einer kleinen Erhöhung der Steuer bei den Einkommen von 20 000 Kronen (17 000 Mark) an bestehen sollte. Aber auch dieser Plan rückte nicht von der Stelle. Wohl setzen die Sozialdemokraten durch, daß der Finanzausschuß sofort mit der Beratung der direkten Steuern begann, aber mitten in den Ausschußberatungen wurde das Abgeordnetenhaus aufgelöst.

Nach den Wahlen tauchte an Stelle des früheren Finanzplans, den man den „großen Finanzplan“ nannte, ein „kleiner Finanzplan“ auf, der nur die Einkommensteuer und die Branntweinsteuer umfaßte. Alle anderen Steuern wurden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Mit der Erhöhung der Branntweinsteuer um 50 Heller für das literale reine Alkohol sollten die bankrotten Verwaltungen der 17 Länder saniert und so die Erhöhung der Lehrergehälter ermöglicht werden. Damit waren einerseits die Lehrer als Vorspann für die unpopuläre Steuer gewonnen und andererseits die bürgerlichen Parteien, die in den Landtagen so ziemlich unumschränkt herrschen, da das Privilegienwahlrecht die Arbeiter ausschließt, für die Steuer gewonnen. Das Erträgnis der Einkommensteuer, die von 10 000 Kronen (8500 Mark) Einkommen angefangen erhöht wurde, sollte für die ebenfalls dringende Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten verwendet werden. Um leichter für die Branntweinsteuer stimmen zu können, verknüpfte die bürgerlichen Parteien beide Steuern nicht nur miteinander, sondern auch mit der Dienstpragmatik der Beamten derart, daß alle drei Gesetze nur zugleich in Kraft treten könnten, womit sie die Ausrede für sich gewannen, daß sie „im Interesse der Beamten“ für die Branntweinsteuer stimmen müßten. Um die Stellung der bürgerlichen Parteien noch zu erleichtern, wurden in den „kleinen Finanzplan“ auch drei „Luxussteuern“ aufgenommen, Steuern auf Schaumweine (Champagnersteuer), auf Rennwetten (Totalisatorsteuer) und auf Kraftwagen (Automobilsteuer).

Die Sozialdemokraten führten den Kampf zunächst gegen die Branntweinsteuer, die sie rundweg ablehnten. Um den Ländern die Mittel für die Erhöhung der Lehrergehälter zu verschaffen, forderten sie die Aufhebung der Liebesgaben an die Schnapsbrenner, womit mit einem Schlag ohne Belastung der ärmeren Teufel die für die Lehrergehälterregulierung erforderlichen 40 Millionen Kronen gewonnen werden konnten. Nach einem harten Kampfe, der monatelang alle Leidenschaften im Volk aufwühlte, wurden die Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt, die Erhöhung der Branntweinsteuer beschloß.

Einen heftigen Kampf führten die Sozialdemokraten auch bei den anderen Steuern. Zwar nahmen sie die drei Luxussteuern an — wobei sie nur höhere Sätze beantragten — und stimmten auch dem Prinzip der Einkommensteuernovelle zu, aber der Kampf ging hier um eine Verbesserung, die von den Regierungsparteien abgelehnt wurde. Die Regierungsvorlage beruhte auf folgenden Sätzen: Die Einkommensteuer wird für die Einkommen von mehr als 10 000 Kronen erhöht, kinderlose Ehepaare, die mindestens 2400 Kronen (2000 Mark) Einkommen haben, zahlen einen zehnprozentigen, unverehelichte Steuerzahler einen dreiprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer (Zunahme der Steuer). Hier beschloß zunächst der Ausschuß auf Antrag der Sozialdemokraten, daß die „Nyggefellsteuer“ erst bei einem Einkommen von 4000 Kronen (3300 Mark) gezahlt werden soll.

Nur in diesem einen Punkte hatten die Sozialdemokraten im Ausschuß Erfolg. Abgelehnt wurden die Anträge, die die Steuerfreiheit des Kaisers, der Erzherzöge und der Offiziere sowie verschiedene Steuerprivilegien der Adligen und der Großgrundbesitzer beseitigen wollten. Abgelehnt

wurden auch die Anträge, die die Steuererträge für die Einkommen von mehr als 100 000 Kronen (85 000 Mark) erhöhen wollten, so daß die Steuer bei einem Einkommen von 500 000 Kronen statt der von der Regierung vorgeschlagenen 6,5 Prozent bereits 7,5 Prozent betragen würde, und der Antrag, der das „steuerfreie Existenzminimum“ erhöhen sollte. Nach dem bestehenden Steuergesetz vom Jahre 1896 sind die Einkommen bis zu 1200 Kronen (1000 Mark) von der Einkommensteuer frei und dieses „steuerfreie Existenzminimum“ sollte auch nach der Regierungsvorlage erhalten bleiben. Die Sozialdemokraten beantragten aber, daß entsprechend der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse das „Existenzminimum“ auf 2000 Kronen (1600 Mark) erhöht werde eventuell auf 1600 Kronen (1350 Mark). Der Ausschuß lehnte diesen Antrag ab, da angeblich weder die Regierung noch das Herrenhaus eine Minderung des „Existenzminimums“ zulassen würde. Im Hause wurde aber mit 196 gegen 195 Stimmen der Antrag auf Festsetzung der Steuerfreiheit für Einkommen bis 1600 Kronen angenommen. Das Herrenhaus legte das Existenzminimum wieder auf 1200 Kronen herab und beschloß außerdem kleine Steuererhöhungen auch von den Einkommen zwischen 1200 Kronen und 10 000 Kronen. Die bürgerlichen Parteien akzeptierten gegen den Widerstand der Sozialdemokraten die Herabsetzung des Existenzminimums, lehnten aber die weiteren Minderungen ab.

Es kam zur gemeinsamen Konferenz beider Häuser und nachdem auch noch eine Intrige der Christlich-Sozialen, die über den sozialdemokratischen Erfolg in der Frage des Existenzminimums erobert waren, überwunden worden war, ist nun das Einkommensteuergesetz mit einem großen Erfolg der Sozialdemokraten fertiggestellt worden: das Existenzminimum auf 1600 Kronen erhöht und damit mehr als eine halbe Million Steuerzahler von der Steuer befreit, überdies ist die Steuerprogression bei den Einkommen über 10 000 Kronen erhöht worden, wenn auch nicht ganz nach dem Antrag der Sozialdemokraten, so doch in Annäherung an diesen, so daß die Einkommensteuer bei den Einkommen von einer halben Million jährlich um 6,7 Prozent (statt der bisherigen 5 Prozent, der von der Regierung vorgeschlagenen 6 Prozent und der von den Sozialdemokraten beantragten 7,5 Prozent) beträgt. Das einzige „Zugeständnis“ an das Herrenhaus besteht darin, daß auch die Steuer auf die Einkommen zwischen 1600 und 10 000 Kronen etwas erhöht wurde, und zwar von 20 Hellern (17 Pfennig) bis zu 6 Kronen (5 Mark) jährlich.

Aber die bürgerlichen Parteien mühen, weil dieser Erfolg im Endkampf ein Erfolg der Sozialdemokraten ist. —ck—

## Archristliche Antimilitaristen.

II. (Schluß.)

Ein zweites Dokument, die „Acta Marcelli“, handelt nicht von einem ungehörigen Rekruten, sondern von einem rebellischen Hauptmann. Diese Christen waren wirklich rücksichtslos Untergraber des „herrlichen Kriegsheeres“ und sie machten mit „König und Vaterland“ kurzen Prozeß. Im Jahre 298 warf während der Zeit von Kaisers Geburtstag ein Hauptmann (Centurio) der in Tanager liegenden trojanischen Legion namens Marcellus vor den Feldzeichen der Legion seine Feldbinde zu Boden und rief: „Ich diene Gott, dem ewigen König!“ Hierauf schleuderte er seinen als Kommandostab dienenden Rebitus und seine Waffen weg und sagte: „Von nun an höre ich auf, euren Kaiser zu dienen. Ich schäme mich, eure Götter von Stein und Holz, diese tauben und stummen Götzen, anzubeten. Wenn es Bedingung für die Soldaten ist, diesen Göttern und diesen Kaisern zu opfern, nun, dann werfe ich Stab und Gürtel von mir, sage mich von den Feldzeichen los und will nicht mehr Soldat sein!“

Der Hauptmann, der nach diesem Bericht nicht so sehr humanitärer Friedensschwärmer wie Feind der Staatskirche und der Monarchie von Gottes Gnaden gewesen zu sein scheint, wurde von seinen Soldaten ergriffen und dem Regionskommandanten, dem Statthalter Fortunatus vorgeführt, der ihn in den Arrest setzen ließ. Nach Ablauf des Festes ließ er ihn losen und fragte ihn nach dem Grunde seines Verhaltens. Marcellus gab das Tatsächliche sofort zu und erklärte, er könne nicht mehr Soldat sein, sondern nur Jesu dienen. Fortunatus blieb da nichts übrig, als die Konsequenzen aus diesem Akt offener Rebellion zu ziehen. Er sagte: Ich kann die verwegene Tat nicht geheimehalten, sondern muß darüber an die Kaiser und an Cäsar berichten. (Wahrscheinlich gab es damals neben dem Cäsar mehrere Nebenkaiser, Imperatoren.) Du wirst heil

und wohl auf meinem Gebiete Agricolanus, Vikar der Gerichtspräsidenten, vorgeführt werden. Am dritten Tage der Kalenden des November (die Revolte war im August geschehen) wurde Marcellus vor Agricolanus gebracht. Der Bericht über das Verhör lautet:

Der Gerichtsschreiber: Hier bringe ich Dir den Hauptmann Marcellus, den der Statthalter Fortunatus vor Deine Hochmühen schickt. Und hier ein Brief, besagten Marcellus betreffend. Gestatte mir, ihn zu lesen.

Agricolanus: Lies!  
Der Gerichtsschreiber (lesend): „Kommat an Dich, heher Herr... Dieser Soldat hat seine Feldbinde zu Boden geworfen und gelanden, daß er Christ sei. Außerdem hat er vor allem Volke Klärungen gegen die Götter und gegen Cäsar ausgesprochen. Demzufolge schickst Du ihn zu, damit Deine Erzelenz in bezug auf ihn die notwendige Entscheidung treffe.“

Agricolanus (zu Marcellus): Hast Du das, was im Briefe des Statthalters steht, wirklich geglaubt?

Marcellus: Ich habe es geglaubt.

Agricolanus: Du dienst als ordentlicher Hauptmann?

Marcellus: Ja.

Agricolanus: Welcher Wahnsinn hat Dich ergriffen, so alle Eide zu verweigern und solche Worte auszusprechen?

Marcellus: Es ist kein Wahr bei denen, so den Herrn fürchten.

Agricolanus: Hast Du wirklich alle diese, in den Protokollen des Statthalters enthaltenen Worte gesprochen?

Marcellus: Ich habe sie gesprochen.

Agricolanus: Hast Du die Waffen weggeworfen?

Marcellus: Ich habe sie weggeworfen. In den Greueln des Jahrhunderts zu dienen genügt einem Christen nicht.

Agricolanus: Die von Marcellus verübten Handlungen sind so schwer, daß sie streng bestraft werden müssen. Marcellus, der als ordentlicher Hauptmann diente, hat öffentlich seinen Eid verweigert, erklärt, daß er besudelt worden sei, und, wie die Untersuchungsprotokolle des Kommandanten weiter besagen, andre aufrührerische Worte hinzugefügt. Er wird den Tod durch das Schwert erleiden.

Marcellus: Gott segne Dich!

Man sieht auch hier vor dem Kriegsgericht, das gegen den revolutionären Hauptmann verhandelt, eine strenge Beobachtung der Rechtsformen. Was bestraft wird, sind nicht die Gefinnungen, sondern die Handlungen und öffentlichen Aeußerungen des Offiziers. Hervorzuheben ist die Öffentlichkeit der Verhandlung. Der römische Militarismus hülfte sich in kein Geheimnis und versagt der Naheverheit der Bürger nicht die Einsicht in sein Gerichtsverfahren und die Kenntnis seiner Urteilsprüche. Und dies, trotzdem die christlichen Antimilitaristen die Verhandlungsberichte sozusagen als Agitationsbrochüren herausgaben. Diese Akten wurden dann in den Kirchen am Jahrestag der Märtyrer verlesen. Die Protokolle von Verhören, die von den Christen nicht aufgezeichnet werden konnten, verschafften sie sich durch Bestechung der Schreiber oder Gerichtsdienner, was gerade auch kein Zeichen des Respekts vor der staatlichen Ordnung ist.

Während des Prozesses gegen Marcellus gab es übrigens einen sensationellen Zwischenfall, von dem ein drittes Dokument Kunde gibt. Als Agricolanus sein Urteil gesprochen hatte, war nämlich der Gerichtsschreiber Cassianus, der bis dahin der Verhandlung summt gefolgt war, entrühter Griffel und Schreibtafel zu Boden. Eine ungeheure Bewegung ging durch den Saal. Marcellus lachte ob der überreichenden Befehrsung, der Gerichtsdienner blickte ratlos den Richter und den Schreiber an. Agricolanus fragte diesen nach den Gründen seines Benehmens. Cassianus antwortete: „Weil Du ein ungerechtes Urteil gefällt hast.“ Er wurde in einem summarischen Verfahren zum Tode verurteilt.

Die vorstehenden Berichte haben den Vorzug, daß sie die Vorgänge in der Aufzeichnung der Zeitgenossen unmittelbar wiedergeben. Diese Dokumente sind nur auf dem afrikanischen Boden erhalten geblieben. Nach der Einfällen der arianischen Vandalen und der Araber gerät diese Literatur in Verschohlenheit und die Heiligenleben, die vom 6. Jahrhundert an aufgeschrieben wurden, wimmeln von Legenden und Fälschungen, die das Bild der „ordnungsfeindlichen“ Epoche des Christentums unkenntlich machen.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 28. Januar 1914.

### Vom Wehrbeitrag.

In den Kreisen der Beherrschten trägt man sich mit der Hoffnung, daß die ersten beiden Raten des Wehrbeitrags eine so hohe Summe ergeben werden, daß auf die Erhebung der dritten Rate verzichtet werden kann. Diesen optimistischen Hoffnungen tritt eine offizielle Note entgegen, in der ausgeführt wird:

Zuletzt läßt sich noch nicht annähernd übersehen, in welcher Höhe die Wehrbeiträge durch die Selbstverschönerung eingebracht werden. Die meisten Wehrbeitragsklärungen sind noch nicht

gegeben, und in einigen Bundesstaaten sind die Fristen für die Abgabe dieser Erklärungen verlängert worden. In Preußen dürfen bis jetzt höchstens 25 bis 30 Prozent der Mehrheitsbeschlüsse eingegangen sein, da die meisten Steuerpflichtigen ihre Erklärungen erst kurz vor Ablauf der Frist abgeben dürften. Es läßt sich aus diesen Gründen auch heute noch nicht beurteilen, ob die dritte Quote im Jahre 1916 in voller Höhe erhoben werden muß. Die Nachrichten dürften dadurch entfallen sein, daß in manchen Bezirken zahlreiche Steuerpflichtige ihre Vermögen jetzt höher angegeben haben als früher und in einigen Fällen ganz überraschende Abweichungen in den Steuererklärungen konstatiert werden können.

Daß erheblich mehr als eine Milliarde Einkommen wird, stand von vornherein fest, daß aber so viel Vermögen vorhanden ist, das bisher der Besteuerung entzogen wurde, das hat selbst die Steuerbehörden überrascht. Zum Beispiel in Eisenach ergab die Vermögenserklärung schätzungsweise zehn Millionen Mark mehr als bisher. Immerhin werden die Besitzenden um die Leistung der dritten Rate nicht herumkommen, denn die einmaligen Ausgaben der Wehrvorlage werden bestimmt erheblich höher sein, als beim Abschluß angenommen worden ist.

### Abgewiesenes Liebeswerben.

Der Präsident des preussischen Dreiklassenhauses, Graf Schwerin-Löwitz, hat auf dem vormaligen Parteitag der Konserverativen zum Sammeln gebeten und ganz besonders den Nationalliberalen geraten, diesen Ruf nicht ungehört verhallen zu lassen. Die Antwort darauf erteilt nun die parteioffizielle „Nationalliberale Korrespondenz“, die ausführlich:

Eine Sammlung auf der Linie konserverativer Politik von heute gehört ins Reich der Träume. Wenn das trotzdem die Meinung des Grafen v. Schwerin gewesen sein sollte, dann müßten wir dankend ablehnen, selbst auf die Gefahr hin, bei den Konserverativen als „wirklich königstreu“ nicht mehr zu gelten. Das würde uns nicht das erste Mal passieren, und wir werden es voraussichtlich auch dieses Mal noch überleben. Daß es aber den Konserverativen irgend etwas nützen würde, glauben wir nicht.

Das klingt noch ziemlich mannhaft, aber keine Partei ist weniger berechenbar als die Nationalliberalen, denen der Unfall längst zum Prinzip geworden ist. Wie ja auch der Fall Zobern wieder deutlich bewiesen hat.

### Ministeröhne.

Ins Berlin schreibt man der Frankfurter „Volkstimme“: Dem deutschen Reichsfinanzminister machen nicht bloß Zobern und das preussische Finanzministerium, der Reichstag und die Sozialdemokraten Kopfweh, sondern er hat auch noch viel Sorge in seiner eignen Familie zu tragen. Gerade am 4. Dezember, als er den Reichstagsparlamenten handhabte, hat bei ihm die Schreckensnachricht ein, daß sein Sohn, der es noch zu keiner Art bürgerlichen Erwerbs hat bringen können, eilige Beschlüssen in enormer Höhe — man spricht von 200 000 Mark — zu bezahlen habe. Da mußte man sich und einflußreiche Freunde Rat geschafft werden, und das war keine Kleinigkeit.

Der Plan, den ungarischen Sohn, der ganz aus dem Vater übernahm, hat geschloffen ist und zusammen mit Zorn von Sulachs Sprößling kavaliermäßig Schulden macht, nach Amerika zu bringen, bestand. Aber es mußte aufgegeben werden, weil immer neue Verpflichtungen aufzutraten und nach Regierung eingriffen. Der ältere Sohn des Staatssekretärs von Sulach ist ebenfalls und soll jetzt in Amerika in der Nähe von Kanada bei einer israelitischen Familie des Farmerkreises leben.

Ein Staatssekretär Deibitz hat an seinem Sohn nicht erlebt, was er hoffte. Der Junge betrat eine überaus talentierte und vernünftige Charaktere, mit der er gegenseitig in Münchener Akademien am Kaiser-Wilhelms-Universität lernte. Aber er schloß sich doch auf diese Weise selbst dem Leben.

Man sollte meinen, Minister, die auf diese Weise die Mühsal des Baurgenossenschafts kennen lernen, müßten auch nach Verständnis auch für das Ringen der Arbeiter nach sozialer Arbeit und höherem Lebensniveau haben. Aber die Schicht, die ihnen ihre eigne Familie geben kann, geht unerschrocken fort und an ihnen vorbei. Sie predigen weiter den Glauben an die Gerechtigkeit der bürgerlichen „Ordnung“, in der sich ihre eignen Söhne nicht zurechtfinden.

### Preussische Selbstverwaltung.

In der Gemeinde Eidinghofen bei Dormund haben unsere Genossen seit Jahren die Wehrden in der Gemeindeverwaltung. Sie sind stets auf das Wohl der Gemeinde bedacht und haben auch schon manches erreicht. Sobald es sich aber um Reichskasse handelt, die nach der Reichsgemeindeverwaltung der Bestätigung des Landrats oder der Regierung bedürfen, sind sie für die Kasz gefügt.

Die Gemeinde Eidinghofen bildet mit Borgo einen gemeinsamen Schulverband. Die Eidinghofener Gemeindeverwaltung sagte am 23. Dezember den Beschluß, in dem Schulverband des Gesamtverbands insofern als in die evangelische Schulkommision je zwei Genossen zu entsenden. Die Genossen sind ältere Familienmänner, deren Kasz überaus sehr dienlich gewesen wäre. Der Landrat weilt aber mit, daß kein einziger der genannten Genossen von der Regierung bestätigt werden ist.

Aber auch andere Bedenken, gegen die die Sozialisten nicht mit uns Feld geführt werden kann, sind anzuhören. Die Gemeindeverwaltung sagte dem Beschluß, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einzuführen. Dieser Beschluß ist gesetzlich begründet, die Steuern gerecht, und unzählige Gemeinden und Städte haben es angelehnt. Die zur Durchführung notwendige Bestätigung wurde verweigert.

Die Sammlung der Subskribenten hat nicht vom Landrat. Die Gemeindeverwaltung behält die gesetzlichere Selbstverwaltung. Die Bestätigung wurde verweigert. Die Gemeindeverwaltung behält die öffentliche Bestätigung der Einkommensteuer 660 Mark. Weiterhin wurde die Bestätigung verweigert. Die Gemeindeverwaltung behält die Besteuerung.

nahme des Armenwesens auf die Gemeinde. Die Bestätigung wurde verweigert. Das ist die herrliche preussische Selbstverwaltung! Das ist die Achtung der Regierung vor dem Willen der vom Volke Gewählten! In den Beschlüssen liegt nichts Staatsstürzendes, sie alle sind auf das Wohl der Gemeinde gerichtet. Aber die Regierung verweigert ihre Zustimmung. Nachher haben es die bürgerlichen Geschäftsmänner und Interessenten leicht, auf solche Gemeinden zu verweisen: Was hat die sozialdemokratische Mehrheit geleistet? Um so mehr ist es notwendig, dieses störende Eingreifen der Regierung aufs schärfste zurückzuweisen.

### Ministerkrise in Portugal.

Minister Alfonso Costa hat dem Präsidenten der Republik am Dienstag seine Entlassung eingereicht. Die unmittelbare Ursache dazu ist der Beschluß der Mitglieder des Kabinetts sowie der Regierungspartei, an den Sitzungen des Senats nicht mehr teilzunehmen, solange dessen Vizepräsident Redeiros, der wegen angeblicher Laubheit in der Zurückweisung der Anklagen des Senators Freitas ihr Mißfallen erregt hat, im Amt ist. Da auch die Opposition, die für sich allein beschlußfähig wäre, ihrerseits allen Regierungsvorlagen passiven Widerstand entgegensetzt, erscheint die parlamentarische Maschine vollkommen lahmgelegt.

Die Anklagen Freitas', die der unmittelbare Anstoß des Konflikts sind, richten sich gegen die Verlässlichkeit des Ministerpräsidenten, dem sie Korruption vorwerfen und mit einer Reihe glaubhafter Belege nachweisen. Costa soll beispielsweise eine Anzahl von Bestimmungen erlassen haben, die lediglich darauf hinarbeiten, seine Klienten (er ist Rechtsanwalt) zu begünstigen. Der „schwerste Fall dieser Art kann seinem Schwager“, hieß es in dem Bericht, „etwa 24 Millionen Mark einbringen“. Costa hat auf all dies nur durch einen Brief geantwortet, der den Ankläger als verrückt bezeichnet. Der Senat hat indes, was bezeichnend genug ist, diesem „Verrückten“ so viel Glauben geschenkt, daß er eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt hat. Das Material, das dieser vorliegt, soll für Costa geradezu vernichtend sein.

So melden bürgerliche Blätter, die den portugiesischen Republikanern wenig wohl wollen und gern Meldungen aus royalistischer Quelle als lautere Wahrheit preisen.

### Sozialdemokraten als Geschworne.

Häufiger sollte es heißen: als Nicht-Geschworne. Denn wie die Verhandlungen des Züricher Kantonsrats zeigen, wird selbst in diesem demokratischen Lande das gleiche Recht der Bürger zur Ausübung des Richteramts durch Parteitreiberinnen zunichte gemacht. So berichtete Genosse Dr. Studer, daß ihm ein Staatsanwalt auf seine Frage, wie es mit den Sozialdemokraten als Geschworne fangieren, erwiderte: „Frei wie der Wind“. Alle Sozialdemokraten von der Liste, da sie für dieses Amt nicht fähig seien. Der Staatsanwalt hat nämlich das Recht, nach seinem Belieben zwölf Namen von den ausgeschloßenen Geschwornen zu streichen. Studer forderte daher, diese unbegründete Befugnis im Gesetz zu beseitigen. Doktor Ganderli beharrte auf seiner Forderung und teilte mit, daß auf der Liste jeder Geschworne mit seiner Parteizugehörigkeit angegeben werde, um dem Staatsanwalt die Streichung der Notizen zu erleichtern.

Genosse Obergerichtspräsident Lang betonte, daß dies Verfahren nicht allein eine Beleidigung unserer Partei, sondern auch eine Fälschung des Gedankens der Schlichtergerichte ist. Er forderte, daß der Regierungsrat die Staatsanwälte auffordere, ihre ungesetzliche Praxis aufzugeben, und im Falle der Widerweigerung von ihrer Weiberbestellung (die Erneuerung erfolgt nur auf Zeit) abzusehen.

Regierungsrat Rousson erklärte, wie ihm der Erste Staatsanwalt mitgeteilt habe, sei eine Verfügung in diesem Sinne nie ergangen. Es seien ja auch eine ganze Reihe sozialdemokratischer Kantonsratsmitglieder schon Geschworne gewesen. Eine „unbedachte“ Ausrufung, wie Studer sie behauptete, werde vom Regierungsrat entzogen. Es können freilich weniger auf eine formelle Verfügung als auf die tatsächliche Praxis an. Zu dieser wußte Genosse Rousson noch mitzuteilen, daß auch einer unter seiner Kommande erfolgten Freibringung der Staatsanwälte er nicht haben ist. Dieser Sozialdemokrat kam mit nicht mehr als „Schwargericht“.

### Der erste akkrassische Volksschullehrertouren.

Von der Regierung veranlaßt und genehmigt, haben 7000 Volksschullehrer aus allen Teilen des Reiches ihre Stimme für Erziehung und Freiheit der armen Völker erhoben. Die Regierung hatte, entgegen ihrer gegenüber „bedenklichen“ Kommissen getrieben, diesmal weit mehr Beachtung gefunden. In dem Teilnehmern eine Reihe von Bedingungen, wie die Lehrer jedoch nicht abzuwehren. Ihre diese Unzufriedenheit mit dem herrschenden Schulverhältnis zum Ausdruck zu bringen. Hauptanliegen für den armen Teil der Lehrerschaft ist, daß die „Kantonalen Kommissen“ hervorgehoben, die Kommissen armen Lehrer so wenigstens mit Unterstützung, sondern vor allem mit den allgemeinen Angelegenheiten der Schule und des Volkes beschäftigen. So wurde einmütig und in klärender Weise die Ausrufung der Schule vernichtet. Weit entfernt von dem falschen „nationalen“ Geiste, der die deutschen Lehrer so vielfach ihre Aufgabe als Volksschullehrer verengen ließ, wandte sich der Akkrassische gegen die kommissarische Verwaltungsmethoden und für den Mangel an der „Kantonalen“ Methode für die Kinder aller Völker des reichhaltigen Reiches aus. Alle Kommissen, die unglücklichen Kommissen haben gleichbedeutend.

sein. So kam der Kongress, an dem nur 15 Juden teilnahmen, auch zu einer Verurteilung der Judenpolitik und forderte gegen nur zwei Stimmen die Aufhebung der Wohnrechtsbeschränkungen wie der Unterrichtsbeschränkungen (auf 10 Prozent der Schülerzahl in den Mittel-, 3 Prozent in den Hochschulen) der Juden. Und der gleiche Geist sprach sich in allen Verhandlungen des Kongresses wie seiner Sektionen aus.

So begreift es sich, daß der tolle Hund der Reaktion, Purischkewitsch, die Regierung zur Auflösung des Kongresses aufforderte. Und das führende reaktionäre Blatt, die „Nowoje Wremja“, erinnerte wieder an 1905 und seine Ueberrassungen. In der Brust des Volkes gehe offenbar etwas Schlimmes vor. Die Rolle als Führer der Opposition, die in der Reaktionszeit vielfach die Landgeistlichen gespielt hätten, schein jetzt auf die Lehrer überzugehen. Die Behauptung, daß 30 Kilometer von den großen Städten das politische Interesse erloschen sei, habe sich als lächerlich erwiesen.

### Notizen.

**Der Kampf um die Ostmarkenzulage.** Konserverative, Fortschrittler und Nationalliberale haben bei der Beratung des Reichstags den Antrag auf Wiedereinführung der Ostmarkenzulage gestellt. Der Antrag hat natürlich keine Aussicht auf Annahme, der Zweck der Werbung besteht lediglich darin, daß man den Kampf für die Ostmarkenzulage nicht aufgeben will, in der Erwartung, daß der nächste Reichstag sie wieder bewilligen wird.

**Denkschrift über den Geburtenrückgang.** Wie die „Berliner Volkszeitung“ hört, soll über den Rückgang der Geburten eine eingehende Denkschrift ausgearbeitet werden. Gegenwärtig sind noch nicht alle Berichte, die hierüber eingereicht wurden, bei dem zuständigen Ressort eingegangen. Es wird angenommen, daß der Geburtenrückgang zum nicht geringen Teil auf den Gebrauch von vorbeugenden Mitteln zurückzuführen ist, und auf Feststellungen dieser Art wird besonders Gewicht gelegt. Dementprechend erstrecken sich die Feststellungen vornehmlich auch auf den Umfang der Verbreitung der Antikonzeptionsmittel, gegen die dann gezielte Vorgegangen werden soll.

**Der Wahlkampf in Borna-Begau.** Der Führer der sächsischen Konserverativen, Geheimrat Opitz, macht den Nationalliberalen bittere Vorwürfe, weil sie die Kandidatur des v. Liebert im Kreise Borna-Begau nicht unterstützen, sondern einen eignen Kandidaten aufgestellt haben. Opitz behauptet, daß Liebert dem Liberalismus weit näher stehe, als den Konserverativen, und er versichert, daß durch das selbständige Auftreten der Nationalliberalen zum Schaden der bürgerlichen Parteien Verwirrung in die Reihen der Wähler getragen wird. — Daß Liebert dem Liberalismus nahesteht, ist eine Entdeckung, die zu machen dem Opitz vorbehalten blieb. Bis jetzt hat Liebert sich immer mit ganzer Schärfe nicht nur gegen die Fortschrittler, sondern auch gegen die Nationalliberalen gewendet. Es ist durchaus noch ungewissen, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie den Nationalliberalen schärfste Bekämpfung in Aussicht stellte, als ein Teil der nationalliberalen Reichstagsaktion für unsern verstorbenen Bebel als Reichstagspräsident stimmte. Die Aussichten sind denn auch für Liebert recht schlecht. Sowohl die Reichspartei wie die Nationalliberalen haben zunächst natürlich nur das eine Ziel, in die Bundestage mit den Sozialdemokraten zu kommen. Doch ist zu hoffen, daß beide Parteien sich umsonst bemühen. Es ist vielmehr sehr wohl möglich, daß die Sozialdemokratie gleich im ersten Wahlgang den Sieg davonträgt.

**Der zweite Lindenberg, der's nicht gewesen ist.** Oberlandesgerichtspräsident Lindenberg in Rosen läßt durch das Wolffsche Bureau erklären, daß er nicht der Verfasser der in der letzten Sonntagsnummer der „Kreuzzeitung“ abgedruckten Zuschrift über die Zoberner Vorgänge ist. — Die „Kreuzzeitung“ scheint einem Spatzvogel zum Opfer gefallen zu sein, vielleicht einem Studenten, der sie richtig einschätzte.

**Schmiergelber, die ihn nicht erreichten.** Es wird mitgeteilt, daß im vergangenen Jahre rund 30 000 Mark Geldgeschenke unbekannter Geber der Reichskasse zugeführt worden sind. In der Hauptkassendirektion handelt es sich nämlich um sogenannte „Schmiergelber“, die den staatlichen Behörden und ihren Beamten von Lieferanten zugehen, aber nicht angenommen wurden. Solche Geschenke schwanken zwischen 3 und 1000 Mark und mehr und kommen am häufigsten im Bereich der Militärverwaltung vor. Vor allem werden Zalkmeister, Bezirksfeldwebel, Kronfeldwebel, seltener Offiziere durch Schmiergelber zu beeinflussen gesucht. Die offizielle Meldung versichert, daß wenn es gelinge, einen solchen „Schmierer“ zur Anzeige zu bringen, so erfolge schwere Strafe wegen Beleidigung und Verleumdung zum Treubruch. — Die richtigen Schmierer wissen sich schon vorzubeugen.

**Ein mit dem Revolver drohender Leutnant beim Bodierfest.** Im Kaiser-Casé in Potsdam fand ein Bodierfest statt, bei dem, wie üblich, ziemlich heftige Gedränge herrschten. Ein Gast stieß einen andern; dieser sprang auf und antwortete auf die Entschuldigung mit einem Schuß vor die Brust. Als er dann mit gleicher Münze bedient wurde, zog er einen Armeevolkswagen und drohte, den andern zu erschließen. Mit Mühe ermannend man dem Schießflüchtigen die Waffe. Nun stellte sich heraus, daß der Revolver mit einigen Schüssen und einigen Blaupatronen geladen und sein Eigentümer Leutnant Krüger war, der in Zivil an dem Bodierfest teilnahm. Der Wirt wies den Leutnant, der Zobern in Kottbus kopieren wollte, aus dem Lokal; die Waffe wurde ihm dann leider wieder ausgehändigt. — Natürlich werden die Militäristen wieder ihre schützende Hand über den armen wehrlosen Leutnant halten, der beim Bodierfest bedroht wurde und sich nur mit dem Armeevolkswagen zu retten konnte.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 28. Januar 1914.

### Die Einkommensteuerveranlagung 1913/14 in der Provinz Sachsen.

Nach den schon bekannt gewordenen Ergebnissen der Einkommensteuerveranlagung für das Steuerjahr 1913/14 ist in der Provinz Sachsen die veranlagte Bevölkerung (darunter verheiratet) man in der Steuerkategorie der physischen Jenisten mit ihren Angehörigen von 1 553 359 Köpfen auf 1 645 008 oder von 50,74 Prozent auf 53,66 Prozent der Gesamtbevölkerung der Provinz gestiegen. Dem Staat erbringt die Besteuerung der physischen Jenisten der Provinz Sachsen ohne Zuschläge 20 960 943 Mark oder 6,67 Prozent der in Sachsen im Steuerjahr 1913/14 überhaupt auf 6 physische Jenisten veranlagten Staatseinkommensteuer. Auf der Kasz der Bevölkerung entfällt ein veranlagter Steuerbetrag von 6,54 Mark gegen 6,63 Mark im Vorjahr. Das Erträgnis aus der Besteuerung der 991 nichtphysischen Jenisten stellt sich auf 2 210 484 Mark.

Für die einzelnen Stadtkreise der Provinz ergibt sich folgendes: Es wurden veranlagt für 1913/14 in Magdeburg 72 496 (im Vorjahr 69 541), physische Jenisten, Halle 45 425 (43 135), Erfurt 30 323 (28 214), Halberstadt 9551 (9333), Weißenfels 6586 (6704), Jena 6254 (6602), Nordhausen 6345 (5992), Aschersleben 5410 (5106), Stendal 5923 (5416) und Quedlinburg 4223 (4666).

Der Jahresbetrag der veranlagten Steuer war in Magdeburg 3 500 112 (im Vorjahr 3 655 757), Halle 2 516 541 (2 410 634).

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 24.

Magdeburg, Donnerstag den 29. Januar 1914.

25. Jahrgang.

## Aus der Parteibewegung.

**Protest gegen die Reaktion.** Im Wahlkreis des Fortschrittlers Dr. Müller-Meinigen (1. Sachsen-Meinigen) protestierte am Sonntag das Proletariat in vier öffentlichen Versammlungen gegen die von Preußen ausgehende Reaktion. — Im Wahlkreis Raumburg-Weichenfels-Beiz wurden am Sonntag neun Parteiverfassungen abgehalten, die außerordentlich stark besucht waren. —

**Eine Frauenkonferenz des Agitationsbezirks Hannover** tagte am Sonntag im Gewerkschaftshaus zu Hannover. Ende Dezember 1913 waren im Agitationsbezirk 4210 weibliche Wahlvereinsmitglieder vorhanden (davon in Hannover-Linden 2889). Wie Genosse Leinert in seinem Bericht ausführte, ist die Werbetätigkeit unter den Frauen sehr lebhaft gewesen; nicht weniger als 51 Versammlungen seien im vergangenen Jahre veranstaltet worden. Der Frauentag am 8. März viele Gelegenheiten zu einer weiteren umfassenden Agitation unter den Frauen, und diese Gelegenheiten müsse ausgenutzt werden. — Genossin Luise Zieg gab darauf in ihrem Referat über die Frage „Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für das öffentliche Leben?“ eine Fülle von bemerkenswerten Hinweisen und Anregungen. Von mehreren Rednerinnen wurde eine allgemein verständlichere Ausgestaltung der „Gleichheit“ gewünscht; in die „Gleichheit“ gehöre auch ein guter Roman. Genosse Leinert wünschte auch, daß die Parteimitglieder und kritischen Auseinandersetzungen über die Taktik der Partei aus der „Gleichheit“, die doch hauptsächlich der Aufklärung und Belehrung dienen solle, fortbleiben, welchen Wunsch Genossin Zieg unterstützte. —

**Prozess.** Vom Düsselbacher Schöffengericht wurde der Verantwortliche der Düsselbacher „Volkszeitung“, Genosse Gerlach, zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er die bürokratischen Gepflogenheiten eines Neuzugers Rechtsanwalts in humoristischer Form kritisiert hatte. —

**Der beleidigte Zentrumsmann.** Bei der vorjährigen Landtagswahl waren in Flehe, einem noch fast rein ländlichen Ortort Düsselbors, der Metzgermeister Joseph Theisen und der Metallarbeiter Joseph Zimmermann als Wahlmannskandidaten der sozialdemokratischen Partei aufgestellt worden. Die Aufstellung der beiden Wahlmänner war auf Grund der Stadtratswahlberichte von 1912 erfolgt, in welcher sie von den sozialdemokratischen Wahlkontrollen als sozialdemokratische Wähler angegeben waren. Von fanatischen Zentrumskandidaten in Flehe wurden aber die beiden Arbeiter, die als sozialdemokratische Wahlmänner auf den Stimmzetteln benannt waren, angepöbeln. Nach der Wahl verlangten nun die beiden „Kandidaten“ vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Düsselbors eine öffentliche Klarstellung der Sache. Der Vorstand teilte den beiden mit, daß nach näherer Erkundigung ein einseitiges Versehen infolge eines Irrtums bei der Kontrolle der Stadtratswahl vorliege. Während sich nun Zimmermann — der Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist — mit dieser Antwort begnügte, ging Theisen zur Staatsanwaltschaft, um gegen die Genossen Verden und Westkamp wegen öffentlicher Beleidigung Strafverfolgung zu erwirken, da diese beiden Genossen als leitende Personen der Düsselborschen Sozialdemokratie und deren Wahlausgang verantwortlich seien. Die Staatsanwaltschaft lehnte eine Strafverfolgung mangels eines öffentlichen Interesses ab. Darauf erhob Theisen, der sich als Zentrumstrustmann bezeichnet, Privatbeleidigungsklage. In der Begründung wird gesagt, daß Kläger durch seine Aufstellung große Unannehmlichkeiten gehabt habe, besonders weil die Gefahr vorlag, daß dem Männergefangenen, dessen Vorhänger Theisen ist, der beantragte städtische Zuschuß zu seiner 50jährigen Jubiläumfeier nicht gewährt würde. Das Gericht kam zu einer Freisprechung beider Angeklagten, da die Veröffentlichung und das Bewußtsein der Ehrverletzung sich nicht habe nachweisen lassen. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt. —

**Kongress der sozialistischen Partei Frankreichs.** In der ersten nordfranzösischen Stadt Amiens trat am Sonntag den 25. Januar der 9. Nationalkongress unserer französischen Bruderpartei zusammen. Zur Eröffnung erschienen die Klänge der „Internationale“ und des Liedes „Krieg dem Krieg“. Genosse Lecointe, Kammerabgeordneter des Departements Somme, eröffnete die erste Sitzung. Er ließ die Delegierten willkommen und begrüßte die Abgeordneten der auswärtigen Bruderparteien. Genosse Müller vom deutschen Parteivorstand: „Ich bin überzeugt, daß in der Zeit des Weltimperialismus unsere Verbindung immer enger werde und daß es notwendig ist, die Bande der französisch-deutschen Freundschaft fester und fester zu knüpfen.“ Er erinnerte an Bebel, der ein großer Anhänger dieser Freundschaft war, und dankte der Stadt Amiens, daß sie Bebel dadurch ehre, indem sie einer ihrer Straßen seinen Namen gab. „Genossen! Ich löse er, bei den kommenden Wahlen wird Euer Sieg unser Sieg sein! Ohne zu glauben, daß die

Wahlkämpfe die entscheidenden Schlachten sind, messen wir ihnen doch eine große Wichtigkeit bei. Aus diesem Grunde mühen wir Euch den größten Erfolg.“ Von den Abgeordneten der auswärtigen Parteien sprachen noch Genosse Wauters von der belgischen Arbeiterpartei und Genosse Ubed von der tschechisch-slawischen Sozialdemokratie. Man beriet dann den Bericht des Parteisekretariats. Der Bericht bestätigt, daß in den letzten zwölf Monaten die Tätigkeit innerhalb der Partei eine besonders intensive gewesen ist. Dadurch, daß die Partei an der Spitze der Bewegung gegen die militaristische Reaktion marschierte, hat sie ihren moralischen Einfluß bedeutend gesteigert. 4000 neue Mitglieder wurden der Partei zugeführt, 46 Föderationen haben ihren Mitgliederstand erhöht, drei blieben auf derselben Zahl und 34 haben eine kleine Einbuße zu erleiden gehabt. Daneben ging die erfolgreiche Tätigkeit zur Ausbreitung der „Humanität“. In der Diskussion über diesen Bericht wurde gefordert, daß die Agitation noch besser organisiert werde. Faures erklärte, daß wohl alle damit einverstanden seien, die Agitation noch besser zu organisieren. Ohne optimistische Uebertreibung könne er aber sagen, daß die Partei am Vorabend eines großen Aufschwunges stehe. Die Zeit des systematischen Mißtrauens zwischen der sozialistischen und der sozialistischen Bewegung nahe ihrem Ende, so daß dieses Hindernis der Zunahme der Partei an Mitgliedern verschwinde. Den Bericht über das Internationale Bureau gab der alte Genosse Baillant. Nach einer Ehrung der Toten der französischen Partei erstatteten die Genossen Brade und Lauche den Bericht über die „Humanität“. Der gesamte Absatz der „Humanität“ beträgt rund 88 000 Exemplare, die Auflage 117 000. Der Kongress sprach über lebhaftem Beifall dem Leiter der „Humanität“ sein Vertrauen aus. —

## Aus der Gewerkschaftsbewegung.

**Eine Hilfsaktion für die arbeitslosen Holzarbeiter** ist vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes in die Wege geleitet worden. In der neuen Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird ein Aufruf an die Mitglieder erfolgen, in dem die Mitglieder des Verbandes ersucht werden, in allen Zählstellen des Verbandes, auf den Arbeitsplätzen um freiwillige Sammlungen zur Unterstützung der ausgebeuteten arbeitslosen Mitglieder zu veranstalten. Aus der Verbandskasse ist auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes und Ausschusses des Holzarbeiterverbandes eine beträchtliche Summe zu dem gleichen Zweck bewilligt worden. In dem Aufruf sagt der Verbandsvorstand: „Die große Not unserer arbeitslosen Mitglieder in allen Teilen des Reiches ruft nach Hilfe. Inausgütlich sind Kollegen liegen arbeitslos auf der Straße, viele Tausende davon schon seit Wochen und Monaten. Die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes hat ihnen zwar in den ersten Wochen geholfen, den Hunger zu stillen und wenigstens das nackte Leben zu fristen. Aber gemaltig ist die Zahl derer angewachsen, die nach Ablauf der naturlichen Unterstützung des Verbandes noch immer der Arbeitslosigkeit mit allen ihren Schreden ausgeliefert sind. Zu ungeheuren Notsummen haben sich die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung gesteigert. Seit über zwei Millionen Mark sind im letzten Jahr insgesamt von unserem Verband für diesen Zweck aufgewendet worden. In jeder Woche werden jetzt circa 60 000 Mark von der Hauptkasse und den Lokalkassen des Verbandes zur Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder im ganzen Land ausgezahlt. Aber die große Zahl der Ausgebeuteten wartet noch immer auf Arbeit und Verdienst. Die Besserung der Konjunktur ist bisher ausgeblieben und ist auch für die nächsten Wochen leider noch nicht zu erhoffen. Der kalte Winter dagegen vermehrt das Elend und den Jammer in den hungernden Familien. Niemals war daher der Anlaß größer, an das Solidaritätsgefühl der organisierten Kollegenschaft zu appellieren, als jetzt angesichts dieser traurigen Lage unserer ausgebeuteten Verbandskollegen... Wohl wissen wir, daß viele arbeitende Kollegen jetzt schwer zu kämpfen haben, weil sie durch verkürzte Arbeitszeit und erhebliche Schmälerung ihres Lohnes selber Not leiden. Umso größer muß deshalb die Opferwilligkeit aller andern Mitglieder sein, die nach nicht so schwerem Maße von diesen Vorkämpfern der Krise betroffen wurden und daher imstande sind und auch gewillt sind bereit zu werden, ihr Möglichstes für die Unterstützung der Ausgebeuteten zu opfern. In die Zählstellenverwaltungen wird die Aufforderung gerichtet, baldmöglichst die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und der Ertrag der freiwilligen Beiträge ohne Zeitverlust an die Hauptkasse einzuliefern. Alle Vertrauensleute in den Werkstätten und Fabriken sind hiermit dringend gebeten, die Sache in die Hand zu nehmen und die Verwaltungen nach Kräften zu unterstützen, damit diese außerordentliche Unterstützungsaktion für die ausgebeuteten Arbeitslosen einen guten Erfolg bringt.“ Dieser Appell wird an den deutschen Holzarbeiter nicht wirkungslos vorübergehen. —

**Neue Arbeiterkämpfe in London.** Die in mehr als 60 Gewerkschaften gesplitterten Arbeiter der Londoner Bauindustrie haben den Unternehmern in den letzten paar Jahren schon viel zu schaffen gemacht, besonders seit die bedeutenden Gewerkschaften sich zu einem Kartell der Bauarbeiterverbände zusammenschlossen. Dieses Kartell hat eine gemeinsame und zielbewußte Aktion zur Verbesserung der bislang recht rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Londoner Bauarbeiter mit solchem Erfolge geführt, daß auch das Unternehmertum sich inzwischen ernsthaft organisiert hat und immer mehr von der Defensive zur Offensive übergeht. Vor allen Dingen will es zunächst die „Freiheit der Arbeit allen Arbeitern garantieren“. Zu diesem Zwecke hat der Unternehmerverband am Montag den Arbeitern einen Korb zur Unterschrift vorlegen lassen, nach dem sie gegen eine Konventionstrafe von 20 Mark versprochen sollen, die Beschäftigung von Nichtorganisierten nicht als Grund zur Arbeitseinstellung anzusehen. Die Bauarbeiter hatten sofort, als dieser Plan bekannt wurde, beschlossen, ihm den bestmöglichen Widerstand entgegenzusetzen und auch das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses hat sie dazu ermuntert und ihnen nötigenfalls die finanzielle Unterstützung der Gesamtbewegung in Aussicht gestellt. Am ersten Tage sind etwas über 20 000 Arbeiter, die ihre Unterschrift verweigerten, ausgespart worden. Die Zahl der Ausgesparten dürfte noch erheblich steigen, doch sind die in den bürgerlichen Medien gemeldeten Zahlen und auch andere Angaben stets besonders dann mit Reserve aufzunehmen, wenn es sich um Mitteilungen aus solchen Ländern handelt, in denen die Presse vom Straßenhandel lebt und daher auf Sensationsschreierei angewiesen ist. — In einem Streik der Kohlenarbeiter in London, die 6 Pfd. Lohnaufschlag pro Tonne verlangen, sind rund 12 000 Mann beteiligt. Bei der bisher andauernden großen Kälte hat dieser Streik schon zu den größten Kalamitäten geführt, zumal die Streikenden beschlossen haben, auch bei jenen Firmen die Arbeit nicht aufzunehmen, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. Dabei soll die Zahl solcher Firmen schon recht beträchtlich sein. Die Arbeiter hoffen, alle Unternehmer gemeinsam zum Nachgeben zu zwingen. —

**Vom französischen Antifunktionsarismus.** Zu jenen „ismen“, die in der französischen Arbeiterbewegung schon ungeheuer viel Unheil angerichtet haben, gehört zweifellos auch der Antifunktionsarismus, jene „Lehre“, nach der die Funktionäre in der Arbeiterbewegung, besonders die besoldeten, nur für kurzfristige Perioden gewählt und nach Ablauf des Mandats durch neue Kräfte ersetzt werden sollen. Zu dem Zweck, um die Bürokratisierung der Bewegung zu verhindern. In jenen Organisationen, wo diese Lehre durchdrang, war die logische Folge, daß stets Verlinge oder Lehrlinge an den leitenden Stellen standen, denn sobald sie sich eingearbeitet hatten, wurden sie wieder hinausgewählt, damit das genannte Prinzip nicht verletzt werde. Sogar in den allgemeinen Gewerkschaftskongressen ist diese Frage sehr lebhaft diskutiert worden, ohne allerdings dort seine Beschlässe in der angegebenen Richtung zu zeitigen. Anders in manchen der angeführten Verbände. Kürzlich erst wurde sie auf dem Kongress der Metallarbeiter leidenschaftlich diskutiert, und Herrheim, der Sekretär der Metallarbeiter, der gewillt war den besten Köpfen der französischen Gewerkschaftsbewegung gehört, rechnete gründlich ab mit jenen Querkulanten, die unter dem Deckmantel von angeblich demokratischen Prinzipien die Organisationen so sträflich mißhandeln. Die Gegner der Wiederwählbarkeit der Beamten existieren denn auch ein glänzendes Beispiel. —

## Soziales.

**Ein leichter Dienst.** Ein herrschaftlicher Kutscher aus Magdeburg bewarb sich um eine ausgeschriebene Stelle in Verleberg. Auf sein Schreiben erhielt er unterm 16. Januar folgende Antwort:

Auf Ihre Bewerbung vom 17. d. M. teile ich Ihnen mit, daß ich Sie in meine Dienste unter folgenden Bedingungen nehmen will:  
Gehalt monatlich 25 Mark. Freie Station und Wohnung in meinem Hause. Kutscherbüchse wird gehalten, bleibt Eigentum der Herrschaft. Der Dienst ist leicht, er besteht in der Pflege von zwei ungarischen Jüdern, Reinhaltung der Kutschschirre und der Wagen; ferner in der Pflege von Tauben und einer Ziege.  
Da ich nicht täglich zu fahren habe, namentlich in den Wintermonaten, so finden Sie weitere Beschäftigung in Haus- und Gartenarbeit. Zentralheizung bedienen, Kellerräume säubern, Fenster putzen, in der Küche beim Abtropfen des Spüßwassers helfen. Bei gutem Wetter die Pferde füttern. Teppiche klopfen, Straße und Trottoir vor meiner Villa säubern, Botengänge besorgen. Sodann ist eine 2 Morgen große Wiese zu mähen und zu heuen. Im Jägergarten ist der Rasen zu mähen und zu zwängen. Der Gemüsegarten muß reingehalten und gegossen werden. Das trockene Holz des Gartens ist im Winter zu erheuern. Müll und Koffschlacke ist abzuführen nach Bedarf.  
Antritt des Dienstes mit höchstlicher Mühseligkeit. Ich lege Wert auf Pünktlichkeit, Ordnung, Sauberkeit und gute Führung, sowie längeres Verbleiben im Dienste.  
v. L., Direktor.

Entsprechend diesem leichten Dienst ist auch der Lohn, 2 Mark, während sonst 40 Mark als das wenigste gezahlt werden. Aber bei einem so geringen Beschäftigungsgrad kann man auch anspruchslos sein. Herr v. L. ist das ja auch. —

## Aus der Jugendbewegung.

Neue Freunde werden!

Wie jede Bewegung braucht auch die freie Jugendbewegung die Mitarbeit ihrer Anhänger. Die Werbung von Mund zu Mund ist die einfachste und sicherste Form der Agitation, und unter jungen Freunden und Freundinnen sollen von diesem Werbungsmitel ein all Gebrauch machen, wo sich ihnen Gelegenheiten dazu bieten.

Aber ich bin kein Redner und kann mit der Sprache nicht so fort, um einen andern Altersgenossen zu überzeugen, wird vielleicht mancher leuzend einwenden. Nun ist Reden gewiß gut, aber es gibt doch auch noch andere Mittel, fernstehenden die Vortheilhaftigkeit einer Sache darzumachen. Wer in der Werkstatt sein: Lehrkammeraden ein guter Kollege ist und ihnen nach Vermögen mit Rat und Tat zur Hand geht, hält damit ein wirkungsvolles Agitationsred, ohne daß er viele Worte macht. In seinem Verhalten leuchtet der Geist seiner Sache durch, und darauf kann es schließlich am meisten an. Oder man tritt sich auf der Straße, in der Fortbildungsschule — es gibt so viel Möglichkeiten des Zusammenkommens — und unterhalte sich über die Art und Weise wie man seine freie Zeit am besten ausnützt. Da ist dann ein schätzbares Augenblick, dem nach außerhalb lebenden Kameraden zu erzählen von dem Leben und Treiben in der freien Jugendbewegung; von den Vorträgen und Zielhabenden, den Ausflügen und andern Unterhaltungen. Eine freundliche Einladung zur Beiz, die sich zwanglos an die Erzählung knüpft, wird von den meisten einen großen Erfolg haben.

## Stadt-Theater.

Magdeburg, 27. Januar.

Der Freischütz ist in dieser Saison schon in den verschiedensten Besetzungen herausgekommen. Man wechselte in der Rolle des Fürsten, der Agathe, des Menschen, des Rar, des Eremiten und des Milian, und auch heute mußte die ursprünglich festgelegte Besetzung des zweiten Jägerburschen Max infolge der anfallenden Krankheit Paul Wehrens dem Kräftigen Adolf Jäger übertragen werden. Die Rolle des Menschen, welche bei jeder Vorstellung bisher in anderen Händen war, führte Helene Sanders übernahm. Der Direktor kann aus diesem ewigen Wechsel kein Vorwurf entstehen, denn die ursprünglich für diese Rolle in Aussicht genommene Kraft konnte auf Grund ihres Kontrakts (mit Agathe) als Opernsängerin diese Soubrettenpartie ab. So war die Direktion auf Güter angewiesen bzw. auf Mitglieder des Ensembles, welche die Notlage der Direktion begriffen. Helene Sanders Menschen war eine recht anerkennenswerte Leistung. Munter und beweglich in der Geste, natürlich und ungezwungen im Dialog, wirkte ihr Menschen erquickend und belebend. Auch musikalisch war die Leistung recht beachtenswert. Für die Wagnerspartie des Eremiten hatte sich der Heldendarsteller Albrecht von Klina an gewinnen lassen. Bis zum tiefen bis hinab vermag ein Eremit nur in außergewöhnlichen Fällen zu steigen. Wenn heute also das Fundament, die Stimmorgane höher lag, so wollen wir die äußeren Umstände dieser Besetzung gelten lassen. Den Milian sang heute Hans Mirjalik, der Stroter Guitab Gauß und die Agathe Julia Gelobter. Der Dirigent Siegfried Blumann dirigierte auch die Fabelverkörperung mit Schmeid und Temperament. —

## Wilhelm-Theater.

Magdeburg, 28. Januar.

Wiener Blut kam als Benefizvorstellung für Paul Stammes bei völlig ausverkauftem Hause heraus. Der Benefizant trat in der Rolle des Grafen Joldau auf. Seine Schwärmerinnen und

Herzensbrecher-Figuren haben schon immer ungeteilte Zustimmung gefunden, er überzeugt in seinem Spiel, und das ist schließlich das ausschlaggebende Moment. Daß man ihn heute mit Beifall überschäumen werde, war vorauszuversagen, man feierte den scheidenden Künstler, den man ungern gehen läßt. So stampfte und klatschte es Beifall, so regnete es Blumen und Lorbeer. Auch seine Partnerin Lola Karoly als Gräfin partizipierte an dem „Nicht-endenwollen“, und nicht zum wenigsten auch die übermütig lebendige Alexandra Stefanowits. Den Ring der heute besten Leistungen schloß Ariur Klaproth als Ministerpräsident aus „Düringen“. Die kleineren Rollen waren leidlich günstig besetzt. Den Dirigentenstab schwang Kapellmeister Hermann Gosefert mit großer Grazie und Sorgfalt. —

## Tonkünstler-Berein.

Magdeburg, 26. Januar.

Der sechste Kammermusikabend begann mit Mozarts berühmtem Streichquartett in G-Dur, dessen Adagio-Satz in der Musikwelt zu Mozarts Lebzeiten so gewaltiges Aufsehen erregte. Schuld daran waren die Dissonanzen, an die sich die nach den Regeln der Harmonie entwickelten Ohren der Musikbesitzer nicht einmal leicht gewöhnen wollten. Wenn diese Musiker der musikalischen Gelehrsamkeit einmal eine Aeger-Sonate oder gar eine Strauß-Oper heute hören könnten, so würde sicher ein dionomischer Herzschlag ihrer Qual ein Ende machen. Denn Mozart, der so absichtlich gemalten Dissonanzen, nie ein Freund gewesen, der Werk seiner Werke war die Harmonie des Wohlklanges. Gezielt wurde das Quartett in sehr beifallswecker Art, im allgemeinen gut pointiert und im dritten Satz, im Menuett, in sehr geistlicher und gemandter Form. Bei Spambatis Luiters spielte Professor Kaufmann den Klavierpart, führend und erhellend mitwirkend. Als Solistin trat Anna Heise aus Berlin-Tropen vornehmend, eine allem Anschein nach nach erwidlungsfähige Nummer, die zunächst aber von Volkstümlichen noch zu sehen sollte. Ihre englischen und französischen Lieder wurden mit gebührendem Beifall aufgenommen. —



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 24.

Magdeburg, Donnerstag den 29. Januar 1914.

25. Jahrgang.

## Provinz und Umgegend.

### Die getränkte Provinzpresse.

Unser Sallisches Parteiblatt hat vor einiger Zeit die sehr nützliche, wenn auch keineswegs angenehme Arbeit unternommen, der Provinzpresse den Spiegel vorzuhalten. Die General-Anzeiger- und Kreisblattpresse war offenbar von ihrem Bilde nicht sehr erbaut und fing deshalb mitunter an zu schimpfen. Es ging ihr wie einem alten häßlichen Weibe, das dem Spiegel die Schuld gibt, wenn es eben nicht holdselig aus der blanken Scheibe herausguckt.

Das Entrüstungsgeheiß hob auch in unserm Bezirk an. Daraus ist zu schließen, daß der treue Freund der bürgerlichen Presse, der Reichsverband, die „Flamme der Empörung“ ein bißchen geschürt hat. Am meisten regten sich selbstverständlich die Blättchen auf, die sich am besten wiedererkennen in dem vorgehaltenen Spiegel. Die kleinen Wichtigtuer, die blödesten Tratsch ihren bedauernswerten Lesern vorsetzen und sagen, das sei Stellungnahme zu großen öffentlichen Fragen. Die ihren lokalen Teil mit albernem Vereinsgewäsch und gleichgültigen Familiengeschichten füllen und sich dann noch Sprachrohr der öffentlichen Meinung nennen. Die ferner behaupten, ihre Leser über politische Vorgänge zu unterrichten, dabei aber die Reben der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag, im Landtag und in der Gemeindeparlamenten geschildert unterschlagen. „Sensationsjucht, Klatsch, widerlicher Byzantinismus, das ist das Spiegelbild dieser Presse,“ so schreibt das „Volksblatt“ in Halle treffend.

Aber die Blättchen haben selbst einen Vorzug an sich entdeckt: Sie rühmen sich als unermüdete Pfleger von Vaterlandsliebe und Königstreue. „Wenn heute trotz aller volksvergiftenden Bemühungen im weiten Kreise nationale Ideale in Stadt und Land noch hochgehalten werden, so ist das nicht zuletzt den unablässigen Bemühungen der geschmähten Provinzpresse zu danken,“ so steht in ihrer Wöhrschrotz zu lesen.

Dann führen sie aber einen gewaltigen Schlag gegen die sozialdemokratische Presse, indem sie auf die Kritik hinweisen, die auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Jena an unserer Parteipresse geübt wurde. Viele bedeutende Vertreter der Wissenschaft, Politiker und Künstler, die politische Gegner der Sozialdemokratie sind, haben allerdings der sozialdemokratischen Presse uneingeschränktes Lob geendet. Es bezieht also ein auffälliger Unterschied in der Veranschlagung der sozialdemokratischen Presse und den bürgerlichen Provinzblättern: die sozialdemokratische Presse wird von den Gegnern gelobt und von Angehörigen der Partei durch Kritik trotz des Lobes weiter vorwärts gedrängt; die bürgerliche Provinzpresse hat nur die geringe Schätzung der Gegner und tröstet sich mit Eigenlob. Eigenlob ist aber bekanntlich, während Feindeslob klingt.

### Der Kampf in der Binnenschifffahrt.

Am Montag und Dienstag dieser Woche tagte in Berlin im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Deutschen Transportarbeiterverband angehörigen Mitgliedschaft der Binnenschifffahrt der Elbe, Oder und der märkischen Wasserstraßen.

Die der Vorsitzende Schünning in seinem Geschäftsbericht hervorhob, ist das Jahr 1913 für die Binnenschifffahrt ein Sturmjahr gewesen. Ueber den Amonatigen Kampf um die Nachtrube, den die Binnenschiffer in diesem Jahre geführt haben, gab Schünning am zweiten Verhandlungstag einen ausführlichen Bericht. Er stellte zunächst gegenüber den Behauptungen in der bürgerlichen Presse fest, daß es sich bei diesem Kampfe keineswegs um eine Streitfrage des Deutschen Transportarbeiterverbandes gehandelt habe, sondern um eine sehr hitzige Meinungsäußerung. 25 Jahre haben die Binnenschiffer geduldig auf die Regelung dieser für sie so außerordentlich bedeutungsvollen Frage der Einführung einer festen Nachtrube gewartet. Schon im Jahre 1857 hatte die Regierung zum erstenmal Erhebungen über die Sonntagsruhe der Binnenschiffer begonnen, und seitdem haben immer erneut Erhebungen stattgefunden, um die Arbeitszeit der Binnenschiffer festzustellen. Sowohl das kaiserliche Gesundheitsamt wie der Reich für Arbeiterparität haben sich angefaßt der großen Unfallgefahr in der Binnenschifffahrt mit der Materie beschäftigt. Das kaiserliche Gesundheitsamt hat festgestellt, „daß die im Binnenschifffahrtsgewerbe ermittelte tägliche Arbeitszeit infolge ihrer Dauer vielfach geeignet ist, die Gesundheit der Arbeitnehmer zu gefährden“ und auf Grund seiner Ermittlungen hat der Reich für Arbeiterparität schon im Jahre 1910 dem Reichstagsler Vorschläge zur Regelung der Arbeitszeit der Binnenschiffer unterbreitet. Aber die Regierung tat nichts, und die Unternehmer haben auf dem ersten deutschen Binnenschiffertag im Jahre 1909 eine Resolution angenommen, worin der Bundesrat und Reichstag ersucht wurde, „im Interesse der Verhütung der ohnedies schwerer um ihre Erhaltung ringenden Binnenschifffahrt vor weiteren Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse sowie von einer gesetzlichen Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten im Binnenschifffahrtsgewerbe entgültig abzusehen“. Nach all diesen Erfahrungen blieb den Binnenschiffern nichts übrig, als endlich den gewerkschaftlichen Kampf für ihre Anruforderung aufzunehmen. Die Unternehmer schienen zunächst zu einer tariflichen Regelung der Arbeitszeit bereit, lehnten aber im letzten Augenblick ab, so daß der Kampf unvermeidlich wurde. Für den Terrorismus, mit dem die Unternehmer in diesem Kampfe vorgehen, ist charakteristisch, daß die maßgebenden Schiffabgabegesellschaften auf der Elbe und Oder den Dampferbesitzern, die den Forderungen des Transportarbeiterverbandes entgegenkommen würden, drohen, ihre Dampfer auch nach beendetem Streik für die Dauer der Schiffabgabestation nicht beschäftigen zu wollen.

Wenn auch der Streik, der den Transportarbeiterverband über 1 Million Mark gekostet hat, nicht zum Abschluß eines Tarifvertrages und zur Anerkennung der von den Binnenschiffern geforderten stündigen Nachtrube geführt hat, so ist doch, wie Schünning feststellte, der bisherige Widerstand der Unternehmer, gegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in der Binnenschifffahrt durch den Amonatigen Kampf besiegt worden. Der Arbeitgeberverband hat zum erstenmal offiziell in einem Schreiben an den Transportarbeiterverband erklärt: „Wir sind bereit, zu einer baldigen Regelung dieser Frage durch die Regierung unter Berücksichtigung der Verhältnisse auf den einzelnen Stromgebieten beizutragen.“

Der Referent ging dann auf die Lehren ein, die sich für die Organisation der Binnenschiffer aus dem Kampf ergeben, besond. daß die führenden Körperschaften des Verbandes zu der Überzeugung gekommen sind, daß eine einheitliche Organisationsfaktor des Verbandes, und des Reichsverbandes erstrebt werden

müsse, legte in großen Zügen den Plan zu einer Reorganisation des Verbandes dar, die es ermöglichen soll, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betriebsweise zu regeln, und empfahl, die von den Unternehmern als Voraussetzung zum Abschluß eines Tarifvertrages gestellte Forderung einer Kaution von 50000 Mark seitens des Verbandes abzulehnen. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution, die die Haltung der Organisationsleitung während des Kampfes billigt und erneute Maßnahmen zur Durchführung der Nachtrube fordert, wurde von der Generalversammlung einstimmig angenommen.

In den Verhandlungen über den Geschäftsbericht am ersten Verhandlungstag nahm einen breiten Raum die Frage der Bildung der Arbeit innerhalb der Binnenschiffer ein. Der Vorschlag Schünnings, auf diesem Gebiet in der Zukunft planmäßig vorzugehen und keine Opfer zu scheuen, fand das lebhafteste Echo unter den Delegierten. Besondere Beachtung fand sein Appell an die Delegierten, die älteren Schiffsleute darauf hinzuweisen, daß sie die jungen Leute, die gerade in der Binnenschifffahrt häufig unter der furchtbaren Ausbeutung zu leiden haben, nicht, wie es noch vorkommt, verhöhnen und schlagen, sondern als spätere Kampfeskämpfer achten und so für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung gewinnen sollen.

Ueber die „Volksfürsorge“, deren Propaganda der Verband gewissermaßen in eigene Regie nehmen will, unterrichtete die Delegierten ein ausführliches Referat des Genossen Leise aus Hamburg. Der Referent konnte dabei die Mitteilung machen, daß es der „Volksfürsorge“ erst in jüngster Zeit gelungen ist, einem vielfach aus Freieren der Arbeiterschaft geäußerten Wunsch zu entsprechen und die Genehmigung des Aufsichtsamts für einen Tarif durchzusetzen, der die Auszahlung der sogenannten Konfirmations- oder Schulenauslassungsversicherung für Kinder, die im ersten Lebensjahr verstorben sind, schon im 14. Lebensjahr ermöglicht.

In der Schlussrede über die Arbeiten des Verbandstages richtete Schünning die Mahnung an die durch ihren Beruf an eine gewisse Isolierung gewöhnten Binnenschiffer, die sich auch, wenn sie an Land kommen, noch in besondern Schifferkreisen zu isolieren pflegen, sich mehr um die große moderne Arbeiterbewegung und insbesondere um ihren Kampf für die Erhaltung und den Ausbau des Koalitionsrechts zu kümmern. Wie notwendig das sei, bewiesen die wiederholten Versuche der Arbeitgeber der Binnenschiffer, von der Regierung ein gesetzliches Verbot des Streikes in der Binnenschifffahrt zu verlangen. — Mit einem Hoch auf den Deutschen Transportarbeiterverband wurde der Verbandstag geschlossen.

## Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

### Die ausländigen Gegner.

Die Wählerversammlung, die am Montag in Leiskau stattfand, war ein für diesen Ort noch nie dagewesenes Ereignis. Die über 300 Personen, darunter viele Frauen, fanden sich gedrängt auf dem geräumigen Hofe des uns von einem Einwohner zu Verfügung gestellten zur Verfügung gestellten Grundstücks. Ueberall, wohin man blickte, waren Menschen. Auf den Treppen der Häuser, in den Fenstern und sonstigen Öffnungen der Gebäude; kurz, jedes nur einigermaßen zur Verfügung stehende Plätzchen war besetzt. Selbst bis auf die Straße fanden die Reihen der Zuhörer und lauschten aufmerksam den Worten des Genossen Wilhelm Haupt, der als Referent erschienen war.

Der Redner legte zunächst die Ursachen, die zur Ungültigkeitserklärung des Mandats führten, auseinander und geißelte in unbarmherzigen Strichen die bei der Wahl 1912 begangenen Ungehörigkeiten einzelner Wahlvortände. Dann ging er auf die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien im Reichstag ein und empfahl den Wählern, ehe sie ihre Stimme abgeben, sich die Kandidaten im Kreis etwas näher anzusehen. Große Heftigkeit erweckte es, als der Redner insbesondere die Kandidatur des Herrn Kobelt schilderte, der wohl Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei sei, sich aber weigert, das Programm dieser Partei anzuerkennen, sondern mit einem selbstgemachten Programm unterstellt, das jeden Tag geändert werden kann. Genosse Haupt schloß, nachdem er noch die Wehrreue, gegen die jetzt die Angehörigen der besitzenden Klassen in beweglichen Worten klagen, hervorzuheben hatte, mit der Aufforderung, am Wahltag nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie die Stimme zu geben. Nur die Sozialdemokratie wird rückhaltlos für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eintreten, sich aber gegen alle indirekten Steuern, gegen jede weitere Vertiefung der Lebenshaltung wenden.

Stürmischer Beifall folgte den trefflichen Worten des Redners, zum großen Ärger einer Anzahl Gegner, die in echt „schäblicher, vornehmer Kampfesweise“ es darauf abgesehen hatten, die Versammlung in eine unruhige zu versetzen. Schon während des Referats zog eine Musikkapelle, die an der Spitze eines vom Kriegerverein veranstalteten Festzuges ging und von einem Väterdundung guter Patrioten begleitet wurde, lärmend an dem Versammlungsort vorbei. Wohl in der Annahme, die Versammlungsbefucher würden den lockenden Klängen der Musik nicht widerstehen und hinter der Kapelle hergehen, mußte diese die abseits gelegene Straße des Versammlungsortes durchziehen. Nach Versicherung älterer, glaubwürdiger Leute wird diese Straße bei festlichen Anlässen von der Musik nicht berührt. Aber die Nachher des Planes hatten sich getäuscht. Die Ausführungen des Genossen Haupt erwießen sich als viel zugkräftiger als die Klänge des Preußenmarches. Die Menge wich und wankte nicht.

Als die Gegner sahen, daß der so hübsch ausgelegte Plan nichts half, versuchten sie etwas anderes. In der Diskussion nahm ein Herr Dr. Luecke das Wort und versuchte in gewöhnlich erdöndender Weise, die Ausführungen des Genossen Haupt zu widerlegen. Aber plötzlich mußte ihr wohl doch der Ärger über den mißlungenen Streich übermannen, denn er redete von „Tönen des Preußenliedes“ und sagte: „Angedacht der harmonischen Klänge, die wir eben hörten und die uns so angenehm betäubten, fordere ich Sie auf — — —“

Die haben hier niemand aufzufordern! Viel ihm da Genosse Haupt in richtiger Erkenntnis der Sachlage ins Wort. Da war dem Herrn Doktor das Konzept verfallen, er murmelte etwas von sozialdemokratischer Redefreiheit und andres. Es wurde ihm bedeutet, daß wir gern Redefreiheit gewähren, sie aber niemals mißbrauchen lassen, indem man irgendeine hochtönende Person anheben will. Da zog der Herr Doktor betrübte von dannen.

Als die Gegner auch diesen Streich verneht haben, erhoben sie ein wildes Geheul. Im schlingenden Dunkel der Nacht lärmten und torkelten diese Angehörigen der „staatschaltenden Parteien“ wie Wilde. Selbst der energische Hinweis auf das uns zustehende Hausrecht und die Drohung, es unumgänglich zur Anwendung zu bringen, schien seine Wirkung zu verfehlen. Erst die Aufforderung an den überwachenden Beamten, die Namen der Aufrührer festzustellen, half. Und unter dem größten Gaudium der Versammlung sah man nun plötzlich die feinen Gemäler der „notleidenden Landwirte“, die sich eben noch so mutig gebärdeten, über davon schleichen.

In seinem Schlusswort fand denn auch Genosse Haupt Worte über das Verhalten dieser Gegner. Er wies darauf hin, daß in den gewerkschaftlichen Versammlungen sehr oft die Rede ist von dem „Sauberektion“, der in den Reihen der Sozialdemokratie

herrschen soll. In dieser Versammlung habe man aber gesehen, auf welcher Seite Anstand und gutes Benehmen zur Schau getragen werde. Dem einfachen Arbeiter fällt es nicht ein, sich so zu betragen, wie diese Angehörigen von „Reich und Bildung“. Mit einem krausenden Hoch auf die Sozialdemokratie fand diese denkwürdige Versammlung ihr Ende. —

Biederis, 27. Januar. (In einer gut besuchten Wählerversammlung sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Brandes über die Notwendigkeit der sozialdemokratischen Vertretung im Reichstag. Treffend legte er den aufmerksam zuhörenden klar, wie wenig gerade die bürgerlichen Parteien die Bezeichnung national und vaterlandsfreundlich verdienen. Speziell die liberalen Parteien, die immer gern behaupten, wenn sie die Mehrheit im Reichstag hätten, würde es viel besser werden, bemühen sich am wenigsten darum. Beweis sei ihre frühere Mehrheit im Landtag und jetzt noch in den Kommunen. Die mangelhafte Sozialgesetzgebung sowie die Entrechtung des Volkes, die sogar so weit geht, daß jeder Offizier sich über das Recht erheben und selbst ruhige Bürger mißhandeln lassen kann, haben die bürgerlichen Parteien verschuldet. Der Einfluß der 110 Sozialdemokraten, der jetzt schon unverkennbar sei, könne aber noch weit mehr gesteigert werden, wenn die Zahl unserer Genossen im Reichstag noch weiter vermehrt würde. Hierfür zu sorgen, und dem Genossen Haupt, der zu Unrecht seines Mandats enthoben sei, wieder zum Siege zu verhelfen, sei die größte Pflicht auch der Biederiger Wähler. Der lebhafteste Beifall bewies, daß alle mit dem Referenten einverstanden waren. Genosse Blume gab sodann das Ergebnis der Verhandlungen mit den Gastwirten bekannt. Dasselbe ist gleich nach. Herr Köhler hat kurz und schroff erklärt, daß es ihm gar nicht einfallt, seinen Saal zu unseren Versammlungen herzugeben, die Arbeiter unterstützen ihn zu wenig. Herr Freese hat Angst vor dem Militärhonorar. Auch würden ihn die bürgerlichen Vereine hantieren. Den beiden Herren mag gesagt sein, daß es in der Hauptsache die Arbeiter sind, die ihre Lokale besuchen. Wenn sie aber glauben, Herrn Kobelt damit einen Gefallen tun zu können und die Arbeiter nur als Objekt ihres Profits betrachten zu können, irren sie sich. Die Arbeiter würden die Konsequenzen herausziehen. Die lebhafteste Zustimmung bewies, daß sich die Arbeiterschaft das Verhalten der Witte nicht so ohne weiteres gefallen lassen wird.

Zandau, 25. Januar. (Wählerversammlung.) Am Sonntag fand hier im Lokal von Fr. Rühl eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Brandes versah es in ausgereicher Weise, trotz der furchterlichen Hitze eine laute Stille zu erreichen. Leider mußte der Redner nach 1 1/2 stündiger Rede zum Zuge eilen und an seine Stelle trat nun der Parteifreier Genosse Gebhardt (Burg). Auch er verstand es zu schildern, daß die 1912 für Haupt abgegebene Stimmenzahl für Zandau viel zu gering sei. Noch viel intensiver als bisher mußten alle die über ihre wahren Freunde aufgeklärt werden, die in Wirklichkeit zu uns gehören, sich aber durch das Blendwerk der Gegner leider immer noch gegen ihre eignen Interessen ausbeuten lassen. Nur einen wahren Förderer seiner wahren Interessen hat der Arbeiter, der kleine Bauer, der kleine Handwerksmeister, der kleine Beamte, und das ist die Sozialdemokratie. Als der Redner mit der Aufforderung an die Anwesenden schloß, dafür zu sorgen, daß der „blutig rote Regen“ nicht heruntergeht, sondern um so höher auf den Zinnen uners Kreises flackern möge, da durchbraute ein Beifallssturm das Lokal, wie es ihn wohl noch nicht erlebt hat. Also, auch in einer dunkeln Ecke uners Kreises geht es vorwärts. Eine vorgenommene Zusammenkunft ergab den Betrag von 5,15 Mark. —

## Wahlkreis Wanzleben.

Wenddorf, 28. Januar. (Eine öffentliche Gemeindevorsteher-Sitzung) findet am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Kahlhauer statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Anlegung von Straßen und Plätzen. —

Groß-Ottersleben-Benneckenbrck, 28. Januar. (Eine Arbeitslosen-Versammlung) findet am Donnerstag den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr im Lokal der Witwe Strumpf statt. In dieser Versammlung müssen alle Arbeitslosen anwesend sein. —

Groß-Ottersleben, 28. Januar. (Die Kontrollmeldung) der arbeitslosen Mitglieder des Bauarbeiterverbandes findet nicht am Donnerstag vormittag, sondern nachmittags in der Arbeitslosenversammlung statt. — Der Vorstand.

## Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Bernigerode.

Jienburg, 27. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) In der letzten Mitgliederversammlung referierte Genosse Treff aus Halberstadt über die Arbeitslosenfrage. Der Redner verhand es, durch Beispiele die Notwendigkeit der Arbeitslosenfürsorge durch Staat und Gemeinde zu begründen. In der Diskussion wurde auf die Arbeitslosigkeit am Orte und die niedrigen Löhne, die das Kupferwerk zahlte, hingewiesen. Die Versammlung kritisierte dann scharf, daß in Jienburg noch keine Wahlen zu der Krankenkasse stattgefunden haben. Beschlossen wurde die Beteiligung an den Gemeindevorsteherwahlen. Mit der Kandidatenfrage soll sich die nächste Versammlung beschäftigen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, jede Minute auszunutzen für die Agitation, bis der letzte Arbeiter für unsere Sache gewonnen ist. —

Ottersleben, 28. Januar. (Die öffentliche Versammlung) welche am 24. Januar im „Deutschen Hause“ stattfand, war gut besucht. Das Referat über „Der Kampf um freie Koalitionsrecht und das Urteil im Zabern-Prozess“ hatte Bezirksleiter Dr. Beims (Magdeburg) übernommen. Referent führte im Eingang seiner Rede aus, daß man ein geradezu trübseliges Bild gewinnt, wenn man heute im Cafe und Restaurant die Unterhaltung bürgerlicher Leute über die Zabernsäre belauscht. Solche Aufassung über Bürgerrechte und Bürgerpflichten könne natürlich die Arbeiterklasse nicht teilen, habe sie doch alle Ursache, in der Schicksalstrasse ihren allgrößten Feind für Gegenwart und Zukunft zu sehen. In einem Rückblick auf die politische Geschichte Deutschlands schilderte dann Redner die Entwicklung und Verfolgung der Arbeiterbewegung. Die heutigen Rechtsgrundzüge gingen dahin, daß alles, was die Arbeiter tun, verboten, alles was unsere Gegner tun, erlaubt ist! Wo ist noch eine „Aufhebung“ nötig? Unser Ziel ist nicht der Klassenkampf, sondern Befreiung der Klassenherrschaft. Seit August 1912 weiß die Statistik auch schon in Preußen 1000 Millionen mehr auf! Die vor den Großindustriellen gehaltenen Abschiedsrede eines Bued enthalte das letzte und schlimmste Beispiel zur Gewerkschaftsgerimmung: die Gründung der gelben Werkvereine — die Befreiung der Arbeiterklasse durch die selbst! 1907 gab es schon an 170000 Gelde. In weniger Jahren wird es eine halbe Million sein. Die gelbe Organisation ist nach Ausprägung eines Rationalisierungs der organisierte Wille des Unternehmertums zur Niederzwingung der Arbeiterklasse. Darum müsse jetzt überall die vor allem wichtige Reimagination einigen. Es ist die allerhöchste Zeit, mit der Arbeiterbewegung zu beginnen. Auch in Ottersleben solle man die paar Wintermonate noch nützen, um für unsere Presse und unsere Partei zu agitieren! Nicht zuletzt zeige auch der erbitterte Kampf der Gegner um unsere Jugend, wozu die Fahrt geht. Jeder einzelne rasse sich auf und tue seine volle Pflicht, denn so nur könne der geplante Schlag aller vereinigten Reaktionen gegen

unser Koalitionsrecht — unser heiligstes Gut — abgewehrt werden. Die Führer nahmen, noch unter dem starken Eindruck der Rede stehend, von jeglicher Diskussion Abstand. Zum Schlusse fand folgende, vom Gewerkschaftsrat beschlossene Resolution einstimmige begeisterte Annahme: Die Okerwieder Arbeiterkassette verurteilt aufs entschiedenste die Bestrebungen auf jedwede Einschränkung des Koalitionsrechts. In der Zeit andauernder Teuerung fast aller Lebensmittel bedürfen die Arbeiter der freien Ausübung dieses Rechtes um so mehr, als man durch Gründung gelber Werkvereine jeden Ausgleich zwischen Lohnhöhe und Lebensmittelpreise unmöglich zu machen sucht. Die Gesetzgebung hat die Pflicht, dem Arbeiter, der im bitteren Ringen mit einem wirtschaftlich mächtigen Unternehmertum für seine berechtigten Interessen eintritt, zu schützen gegen die Willkür der Arbeitswilligentruppe. Die Okerwieder Arbeiter fordern daher die Ausdehnung des Koalitionsrechts auch auf die Landarbeiter und kassatischen Angehörigen!

**Wernigerode, 28. Januar.** (Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten) findet am Donnerstag den 29. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt. Auf der Tagesordnung stehen Beratungen von Einzelzetteln.

(Vortrag über das Krankentaggelgesetz.) Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, läßt in der neuen Mädchen-Volkschule, Eingang Ringstraße, die hiesige Reichsdruckerei für Frauen einen Vortrag halten über die Bestimmungen des neuen Krankentaggelgesetzes, wozu besonders die Arbeitgeberinnen eingeladen werden. Es soll eine Sitzung aller Arbeitgeberinnen über die Höhe des vom Dienstpersonal zu erhebenden Anteils des Beitrags angefragt werden. So sehr es zu begrüßen ist, daß ein solcher Vortrag gehalten wird, ebenso sehr bedauerlich ist es, daß den Dienstboten die Krankentaggelbeiträge vom Lohne noch abgezogen werden sollen. Bei den niedrigen Löhnen, die an das Dienstpersonal gezahlt werden, sollten doch die „Herrschaften“ die Beiträge selbst zahlen.

(Öffentliche Versammlung) die im „Volksgarten“ am Sonntag stattfand, war gut besucht. Genosse R. Nisch (Magdeburg) schilderte wie die Schanzmacher mit dem heuchlerischen Aufseher „Schutz der Arbeitswilligen“ Stimmung machen wollen für Geleise, die dem Arbeiter das Koalitionsrecht illusorisch machen. Redner gab dann ein Bild der Forderungen, die jetzt schon die kämpfende Arbeiterkassette auszusprechen habe. Sie müsse auf dem Boden sein und alle Forderungen, das Koalitionsrecht noch mehr zu beschneiden, mit aller Kraft zurückweisen. Reicher Beifall und Zustimmung löste die Ausführungen. In der Diskussion sprachen die Genossen Partels und H. Hermann im Sinne des Referenten. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Genosse Oberbeck forderte zum Schluß auf, dem Sozialdemokratischen Verein beizutreten.

(Die Handwerker und die Kommune.) Am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, wird im Saale des alten Schützenhauses der Vorsitzende der Handwerkskammer Magdeburg, Herr Thierkopf, einen Vortrag über „kommunale Handwerkerförderung und Einrichtung von Verbindungsräumen“ halten. Am Abend geben die hiesigen Handwerker über Unzufriedenheit über die Art der Vergütung von Arbeiten, wie sie bei uns beliebt wird, laut Ausdruck. Werden sie nun auch in öffentlicher Versammlung so viel Mut aufbringen?

**Wahlkreis Kalbe-Mischerleben.**

**Schönebeck, 28. Januar.** (Stadtverordneten-Sitzung.) Die bürgerlichen Stadtverordneten zeigten in der ersten Sitzung im Jahre, daß ihnen parlamentarische Gewandtheit unbekanntes Dinge sind. Zunächst werden die neu gewählten Stadtverordneten der 2. Wahlklasse eingeführt. Die Wahl des Bureau führt die Wiederwahl der Stadtverordneten Goyer, Hermann, Ebel und Thormeyer gegen vier Stimmen. Bei den Besprechungen der einzelnen Kommissionen beantragt der Stadtverordnete, die Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen. Nach der Geschäftsordnung mußte nun in jedem Wahlbezirk ein Kommissionsmitglied gewählt werden. Der weniger Eingeweihte konnte sehr leicht zu der Meinung kommen, daß der Stadtverordnete Schilberer Papierwarenhändler ist und nur den Antrag gestellt habe, um einen großen Papierverkauf zu veranlassen. Aber der Zweck der Werbung war ein anderer. Man wollte durch dieses Begehren die den bürgerlichen Herrschaften unheimlichen sozialdemokratischen Stadtverordneten aus den Kommissionen entfernen. Herr Ebel und der bekannte Reichstagsabgeordnete Jürgens sorgten auch dann immer prompt für den Durchbruch unter Genossen. Nachdem man die Kommissionen „aufgehoben“ gemacht hatte, zog Herr Schilberer glücklich seinen Antrag zurück. Dieser wurde jedoch vom Stadtk. Bremer wieder aufgenommen. Man erwiderte ihm ein für ein Stadtparlament wohl wenig beruhendes Schimpfspiel: für neun Kommissionen müssen die bürgerlichen Stadtverordneten 38 mal einen Anteil in die Urne werfen. Eine für bürgerlichen Stadtverordneten immerhin aufwendende Tätigkeit. Keine Herrschaften gaben ihre Stimme für die Rechnungs-Kommission dem Stadtverordneten Schilberer. Er wurde nicht gewählt. Ob ihm seine Forderung für möglich hielten? Die Bürgerlichen haben seine Genossen nicht gewählt, deshalb aus den Kommissionen hinausgeworfen, damit die bürgerlichen nicht mehr wählen, daß unter Genossen am stärksten von den Kommissionen zu finden waren. Es geht ohne weiteres an: einen solchen Dienst konnten sich die Herrschaften nicht leisten. Eine außerordentlich gründliche Beratung eines der Punkte im Planen werden sich unter Genossen unter keinen Umständen nehmen lassen. Zu Informations-Richtlinien werden die Stadtverordneten Ebel und Meyer gewählt. Zur Begleitkommission wählen die Stadtverordneten Herr Goyer. Eine Änderung der Wahlbestimmungen wird vom Bezirksamt bestätigt. Die Stadtverordneten hatten bei der Annahme der Wahlbestimmungen Beschlüsse beschlossen. Die Stadtver. Bremer, Schilberer und Ebel werden sich damals gegen diese Beschlüsse ausgesprochen. Sie werden kein Gehör. Jetzt mußte sich durch das Geschehen der Regierung der bürgerlichen Stadtverordneten klargemacht werden, daß eine derartige einseitige Bestimmung gütlich anzunehmen ist. Der Antrag im 1. über untergeordnete Begehren in der Sitzung wird gehalten. Der persönlichen Jürgens soll nur die Feier am gleichen Tage oder innerhalb von 14 Tagen innerhalb bleiben. Die Rechnung der Stadtverordneten wird in der Sitzung und Ausgabe mit 5790 Mark an die Ausgaben des Kommunal- und Gewerkschafts müssen mit Be-

schlag der Regierung geändert werden. Die Kündigungskassette war von Groß-Salze und Schönebeck auf ein Vierteljahr festgelegt. Die Kündigungskassette wird auf ein Jahr verlängert. Frau Suigt hatte eine Eingabe, betreffend die Bebauung des Stadtparkgeländes gemacht. Die Angelegenheit hat die Stadtverordneten schon in mehreren Sitzungen beschäftigt. Der Magistrat ist Gegner, trotzdem sich die Stadtverordneten-Versammlung für die Verwertung dieses Geländes im städtischen Interesse ausgesprochen hat. Ein einstimmig angenommener Antrag beauftragt den Magistrat, der Versammlung eine dementsprechende Vorlage zu unterbreiten.

(Die Vorstandswahl für die Allgemeine Orts-Krankkassette) findet am Donnerstag, abends 7 Uhr, statt. Die Wahl muß stattfinden, da der Vorstand der Kassette ganz unverständlichweise einen eingereichten Wahlvorschlag der „Wirtschaftsfriedlichen“ zu Recht befördernd anerkannt hat.

(Wiederholungskonzert.) Auf das am Donnerstag im „Stadtpark“ stattfindende Konzert wird hingewiesen. Eintrittskarten zu Vorzugspreisen sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

**Weiterhausen, 28. Januar.** (Eine Versammlung) der Mitglieder der hiesigen Filiale des Konsumvereins Luedlinburg u. Umgegend tagte hier am vergangenen Sonntag. Der Tagesordnung: Trennung von Luedlinburg und Gründung eines eignen Konsumvereins, war wohl als Hauptgrund zu betrachten, daß die Mitglieder so zahlreich erschienen waren. Veranlassung zu diesem Schritte gab das preußische Warenhausneugesetz. In der Hand von Beispielen schilderte Genosse Schweinefuß den Annehmlichkeiten der jetzigen Verhältnisse, die Konsumvereine durch Geleise zu inebeln. Für Luedlinburg gebe es keinen andern Ausweg, als auf die Weiterführung der bestehenden Waren zu verzichten. In der lebhaftesten Diskussion traten fast sämtliche Redner für Gründung eines eignen Konsumvereins ein, damit wenigstens die Weiterhäuser Gelegenheit hätten, ihre häuslichen Waren genossenschaftlich zu beziehen. In der Abstimmung wurde dann diese Stellung einstimmig angenommen. Eine Kommission, bestehend aus den Genossen Haselberg, Diebe und Redfern, wurde mit den notwendigen Vorarbeiten beauftragt. Am Zeichen der Generalisation wird mancher dieses Vorzeichen nicht verstehen können. In Anbetracht jedoch der immer noch vorhandenen großen Anzahl indifferenter Arbeiter war dieser Beschluß eine absolute Notwendigkeit. An der Arbeiterkassette wird es nun liegen, durch trauen Zusammenhalten immer mehr für die Ausbreitung der Genossenschaft zu sorgen. Zum Schluß jedes einzelnen zum Schluß der Gesamtheit.

(Zur Gemeindeverordnetenwahl.) Nur wenige Tage liegen die Wählerlisten öffentlich aus. Versäume deshalb keiner die Gelegenheit, sich zu überzeugen, daß kein Name in der Liste steht. Jede Stimme ist kostbar! Bei der vorigen Wahl fehlten nur noch sieben Stimmen an der absoluten Mehrheit. Darum sehr die Wählerlisten ein!

**Konsumenten!**  
Besorgt eure Einkäufe an  
Werktagen und nicht an  
Sonntagen!

**Vereins-Kalender.**  
Deutscher Metallarbeiter-Verein, Vertretung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Freitag den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr. Besitzt Herrmersleben im Saal des Herrn Schilberer. — Samstag den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr. Besitzt Dissenstedt im Saal des Herrn Jürgens. — Sonntag den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr. Besitzt Mire Henrich in der „Kassette“; Besitzt Mire Henrich in der „Kassette“.

**Briefkasten.**  
H. A. Egerl. Das kann ich auch zum Ansehen mit  
Selbst. Selbst ich auch zum Ansehen mit  
H. A. Egerl. Das kann ich auch zum Ansehen mit  
Selbst. Selbst ich auch zum Ansehen mit

**Marktberichte.**  
Magdeburg, 27. Januar. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer und Sommer-ruhig, gut 186—187 Mk. — Roggen ruhig, inländ. gut 155—157 Mk. — Gerste hiesige Chevalier, gut 167 bis 170 Mk., feinste über Moltz, Land, gut 162—165 Mk., ausländische Futtergerste stetig, gut 132—134 Mk. — Hafer inländischer stetig, gut 167—170 Mk. — Mais runder gut 148—149 Mk.

**Viehmarkt.**  
Magdeburg, 27. Januar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb: 510 Rinder, und zwar 52 Ochsen, 197 Bullen, 261 Färren und Kühe, 16 Ferkel, 286 Kälber, 238 Schaafsch. 2869 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: I. Rinder. A. Ochsen: a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungekocht) 48—51 Mk., b) vollfleischige, ausgewählte im Alter von 4 bis 7 Jahren 46—49 Mk., c) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 42—45 Mk., d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere 38—41 Mk. B. Bullen: a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts 48—53 Mk., b) vollfleischige jüngere 44—47 Mk., c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 40—43 Mk. C. Färren und Kühe: a) vollfleischige ausgewählte Färren höchsten Schlachtwerts 48—50 Mk., b) vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 42—46 Mk., c) ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färren 38 bis 41 Mk., d) mäßig genährte Kühe und Färren 34—37 Mk., e) gering genährte Kühe und Färren 29—33 Mk. D. Gerne; genährtes Jungvieh (Ferkel) 36—40 Mk. II. Kälber. a) Doppellender feinsten Mast 80—92 Mk., b) feinste Mastfäher 68—73 Mk., c) mittlere Mast, und beste Saugfäher 60—67 Mk., d) geringere Mast, und gute Saugfäher 48—56 Mk., e) geringe Saugfäher 41—47 Mk. III. Schafe. Stallmaßschafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 46—47 Mk., b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe 40—43 Mk., c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschafe) 30—38 Mk. IV. Schweine. a) Fettschweine über 3 Jentner Lebendgewicht 51 Mk., Schlachtgewicht 84 Mk., b) vollfleischige von 240 bis 300 Pfd. Lebendgewicht 50—51 Mk., Schlachtgewicht 82—84 Mk., c) vollfleischige von 200 bis 240 Pfd. Lebendgewicht 50—51 Mk., Schlachtgewicht 82—84 Mk., d) vollfleischige Schweine von 180 bis 200 Pfd. Lebendgewicht 48—50 Mk., Schlachtgewicht 80—82 Mk., e) vollfleischige Schweine unter 160 Pfd. Lebendgewicht 47—48 Mk., Schlachtgewicht 59—60 Mk., f) unreine Sauen Lebendgewicht 46—48 Mk., Schlachtgewicht 58—60 Mk., g) gefüllte Eber Lebendgewicht 40—44 Mk., Schlachtgewicht 50—55 Mk. Verkauf und Tendenz: Mittelmäßig. Ueberstand: 140 Rinder, 16 Kälber, 7 Schafe, 450 Schweine.

**Wasserstände.**  
+ bedeutet über, — unter Null.

Tzer, Eger und Wolbau.		Fell Bude	
25. Januar + 0,04	26. Januar + 0,02	0,02	—
Januar — 0,13	— 0,16	0,03	—
Budweis — 0,15	— 0,15	—	—
Bray — 0,08	— 0,06	—	0,02

Instrut und Znale.		Fell Bude	
28. Januar + 1,20	27. Januar + 1,20	—	—
Seisenfels Unp. + 0,01	+ 0,04	—	0,03
Erzfa + 1,86	+ 1,84	0,02	—
Misleben + 1,75	+ 1,62	0,11	—
Bernburg + 0,82	+ 0,76	0,06	—
Kalbe Oberregel + 1,57	+ 1,53	0,04	—
Kalbe Unterregel + 1,56	+ 1,34	0,22	—
Grzegne + 0,64	+ 0,45	0,19	—

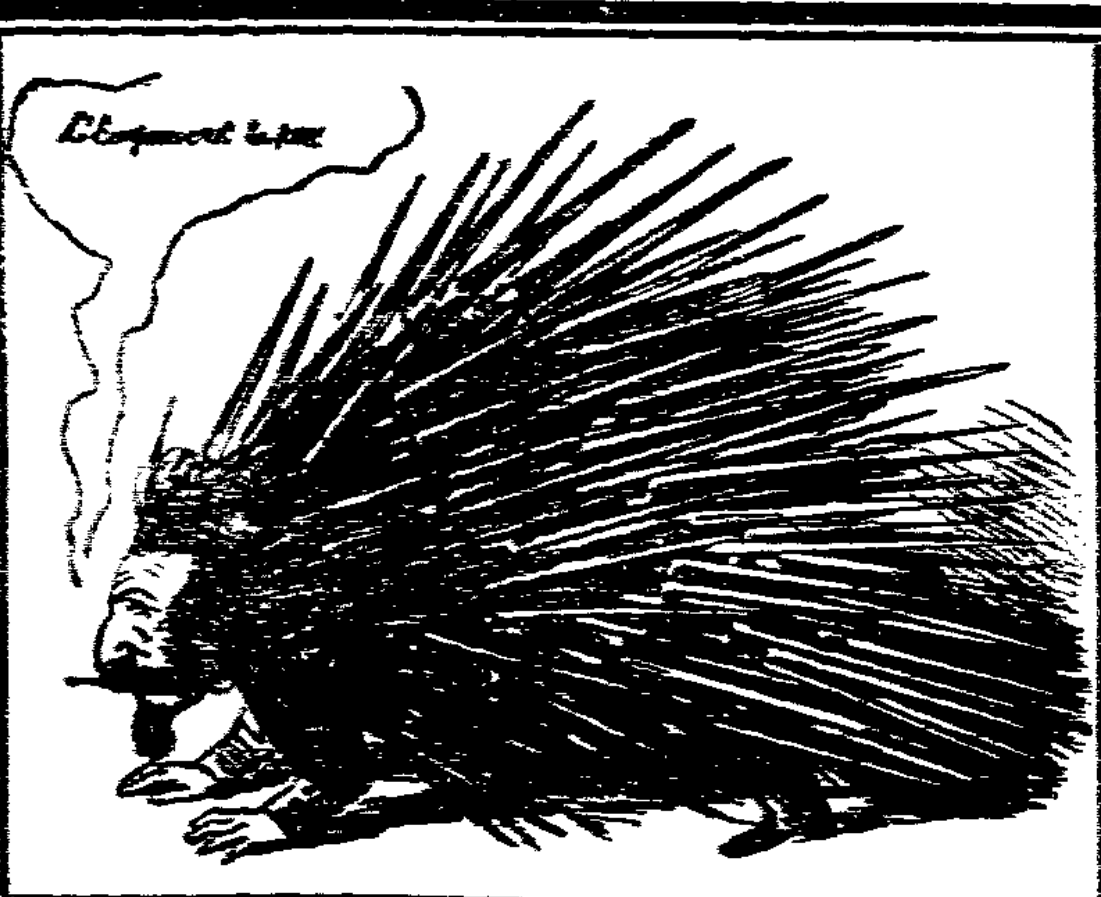
Wulde.		Fell Bude	
25. Januar + 0,06	27. Januar + 0,04	0,02	—

Elbe.		Fell Bude	
25. Januar — 0,46	26. Januar — 0,46	—	—
Brandeis + 1,25	+ 1,24	0,01	—
Blamitz — 0,22	— 0,34	0,12	—
Zeimernitz + 0,94	+ 1,04	—	0,10
Wulst + 1,07	+ 1,03	0,04	—
26. — 1,52	— 1,59	0,07	—
Sorgau + 0,98	+ 0,18	0,10	—
Hiltzenberg + 1,35	+ 1,39	—	0,04
Roslar + 0,77	+ 0,80	—	0,03
Barby + 1,13	+ 1,10	0,03	—
Schönebeck + 1,24	+ 1,14	0,10	—
Magdeburg + 0,90	+ 0,86	0,04	—
27. + 1,49	+ 1,43	0,01	—
Zangermünde + 1,39	+ 1,37	0,02	—
Stinzenberg + 0,88	+ 0,84	—	0,06
Lamitz + 0,68	+ 0,81	—	0,15
Boizenburg + 0,96	+ 1,00	—	0,04
28. + 0,96	+ 1,01	—	0,05
Sachsenburg + 0,96	+ 1,01	—	0,05

**Aus dem Geschäftsverkehr.**

**Handicap**  
Die neue 3 Cigarette



**Die Welt in Waffen**  
Kriege und Kriegsgeschichte der Neuzeit von Hugo Schulz  
Mit den besten zeitgenössischen Bildern  
60 Hefte à 20 Pf. Jedes Heft ist reich illustriert

Der Verfasser behandelt in seinem Werke die Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts von dem Beginn des polnischen Aufstandes und seiner beidseitigen Volkskämpfe, die die Polen aus der vollständigen Unterwerfung des russischen Kautentums befreien sollten, bis zu den jüngsten Ereignissen im Balkan, bei denen zum erstenmal aller Menschheit die Kriegskatastrophe in all ihrer Schrecklichkeit: Franzosenzindung, Ermordung von Greisen und Kindern, seine Wiederentdeckung feierte. Das Werk sollte vor jedem nach Aufklärung stehenden Arbeiter gelesen werden. Wir bitten vor dem nebensichenden Bestellchein Gebrauch zu machen

Der Unterzeichnete bestellt bei der Firma:  
Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Gr. Münzstr. 3

**Die Welt in Waffen**  
in 66 reich illustrierten Hefen zum Preise von 20 Pfennig wöchentlich ins Haus zu liefern.

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
(Dieser Zettel kann auch dem Zeitungsboten mitgegeben werden.)

# BRITANNIA

## Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 24 Magdeburg, Donnerstag den 29. Januar 1914

Die beiden Männer wechselten einen reichen Blick. Lehmann nickte. „Die sieh ich.“ Und dann überliefen seine schlauen Augen wieder prüfend die hübsche Mädchengestalt. Veria sagte kein Wort. Damenbedienung — hatte sie recht gehört? Ihre Stirn krauselte sich, sie wurde abwechselnd rot und blaß. Aber achzig Kaiser! Seit öffnete sie den Mund, jetzt schloß sie ihn wieder; ungeschicklich bis sie sich auf die Lippe.

„Na,“ drängte Herr Lehmann, „wie ist es denn? Was, los! Bei uns sehen Sie nicht aus. Sie sind fast immer alleine oben, meine Frau sieht am Büfett. Un soll's Ihnen oben zu langwierig werden, denn kommen Sie oben ein bißchen runter. Was?“ Er lächelte wieder vertraulich und trat noch dichter an sie heran. „Bleiherlich sei's! Sie traten; da ist immer was los. Lassen Sie mal auf. Sie machen bei uns noch Ihr Glück!“

Veria schaute ihn starr an, immer weiter öffneten sich ihre Augen. Sie sah nicht mehr das dicke, fettig glänzende Gesicht — immer weiter ging ihr Blick — immer weiter. Eine endlose Perspektive tat sich vor ihr auf — wenig Arbeit, viel Amusement — ihre roten Lippen blähten sich, eine lächelnde Wutwelle stieg ihr zu Lippen, küßten sie durch Zingelassen über die rötlichen Lippen — aber — unwillkürlich Arbeit, viel Amusement, aber — aber — unwillkürlich trat sie einen Schritt zurück, ein Erbeben ging durch ihre Brust. Ihr harter Blick belebte sich und richtete sich plötzlich auf den Dicken.

„Ne,“ sagte sie, ohne jeden Respekt im Tone, den Kopf zurückwerfend, die Mundwinkel herunterziehend. „Respekt — Damenbedienung — da müssen Sie sich schon wundern.“ Sie wendete sich ab, jedes weitere Wort schien an sie vergeblich; Herr Lehmann mußte abziehen. Veria blieb allein, aber sie stand mit verblassener Miene, müde und abgepaunt, gleichgültig geworden gegen all die umstehenden Gäste.

Der schlecht gefüllte Saal, vom muffigen Kleidergeruch, vom Seifen- und Pomadenduft der Diensthilfen, vom Zigarrendampf, der den Männern, vom Parfüm, das vielen Damen anhaftete, von Schweiß und Staub durchdrungen, schien sich mit ihr zu drehen. Sie sah sich an den Kopf. Ihre strahlenden Augen sahen nichts als einen grauen Nebel, vom flackernden Lichte trüblich brennendes Gasfackeln durchdrungen.

Es war heiß, überhitzt. Und immer noch kamen Leute, ein, her — herein, heraus. Und immer noch standen Mädchen in langen Reihen die Hände entlang, sich müde gegen die weißgetünchte Mauer lehrend. Und immer noch schritten Suchende die Reihen ab. Das war ein fortwährendes des Schminnes und Surren, nur unterbrochen von den freilichenden Stimmen der Ordnerinnen.

„Hier steht ein Mädchen für alles verlangt! Mädchen für alles — achzig Kaiser!“ Eine schmächtige Gestalt trat von dem Mann ab und trat bedröselig vor. „Ach! Eine Köchin gesucht! Achtzig Kaiser! Achtzig Kaiser!“

### Das tägliche Brot.

Roman von E. Reich. (53. Fortsetzung.)

In ihrem kokettischen Anzug stand Veria, recht hatte ihr, gleich vorn am Eingang des Mietbureaus. Man war verständig und bis sich auf die Lippen — war sie nicht eigenlich heruntergekommen, doch sie hier stand? Mit welcher Beratung hatte sie früher auf die Mädchen geklickt, die von hier aus einen Dienst suchten; das war gar nicht guter Ton.

„Aber bald hob sie die defekten Lider; sie merkte, daß sie gefiel. Nicht eine Lame ging vorüber, die sich nicht anfaß. Sie wurde gemustert und musterte wieder. Die Kassiererin rief sie immer wieder heran, um sie vorzustellen. „Sie haben ein perfektes Hausmädchen — sehr Sie mal, meine Dame, was? Na, wie für Ihnen gemacht! Schick, sauber, zehrend, ein hochherrschafliches Mädel! Na, Fräulein, sprechen Sie doch mal mit die Dame! Achtzig Kaiser — nicht drunter?“ Ach was, Sie werden sich schon einig werden!“

Besonders der Herr, der das Ganze unter sich zu haben und mit ihr überblick krummende und Gebende, Endende und Kindende überließ, wurde Veria sein Wohlwollen zu. Die Mädchen rechts und links, plump und knorpelhaft, wurden gar nicht beachtet; immer wieder um sie Veria ihr Buch geigen, Altten und Jungen. Großen und Kleinen, Dicken und Dünnen, Herren und Damen. Aber bald wurde sie verdrängt; es führte doch zu nichts. Die sie erst zu eingehend betrachtete, machten lange Gesichter, wenn sie das Jequissbuch gesehen, und zogen ab, obgleich Veria's Köpfe verächtlich: „Jequissbuch wollen gar nichts sagen, meine Herrschaften, das wissen Sie doch so gut wie ich!“

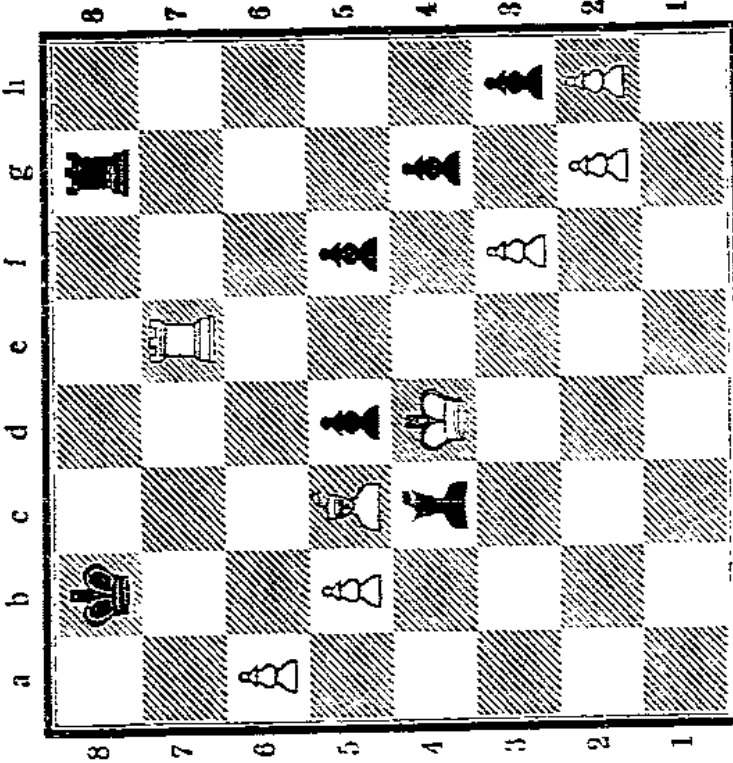
„Aber ein Dicker, in einem stockigen Überzieher und mit speck glänzendem Güte, hielt stand. Als er die Jequissbuch betrachtete, lächelte seine unstilligen Lippen eigenartig, er zog sie breit und schäme.“

„Ich suche 'n Mädchen für alles,“ sagte er ganz vertraulich zu Veria, trat dicht an sie heran und musterte sie wohlwollend mit dem geschäftskundigen Blick seiner Gedankenlosen Augen. „Biel Arbeit is nich, Wisson Sie, gedanken brauchen Sie nich. Daffir habe ich 'ne Kamell; wir wochen oben im Haus, aber wir essen unten. Ach schick Schönen Ihr Essen raus, oder besser noch. Sie kommen runter und holen sich's, bei der Gelegenheit können Sie sich gleich unten ein bißchen umfinken.“

Der Bureauchef, der den Dicken zu kennen schien, nickte sich jetzt ein. „Das ist 'ne Stelle, ganz für Sie passend, Fräulein! Herr Lehmann hat ein großartiges Geschäft. Es geht gut, was?“ Lächelnd schlug er den Dicken auf die Schulter, und dieser schmeckte wieder. „Herr Lehmann hat ein feines Restaurant, hier in der Nähe. Damenbedienung. Frequente Abend. Lehmann, was, achzig Kaiser, die geben Sie dem Fräulein doch?“

### Schach.

Beantwortet vom Vorstand des Deutschen Arbeiter-Schachbundes. Schachstellung einer im Meisterturnier zu Breslau 1913 gespielten Partie. Schwarz: Dura d.



Weiß: Dr. Zarnisch. Weiß am Zuge kündigte Matt in 3 Zügen an.

### Lösung des Problems 3.

Sg3-51

### Partie 6.

Was dem Turnier zu Karlsruhe 1911. Altersturnierspiel.

Weiß: Spielmann. 1. e2-e4 2. Sk4-f3 3. Sbl-c3 4. Lf1-f3 5. Dd1-e2 6. 0-0 7. Lel-g5 8. Dd1-e2 9. Ld5-e4 10. Dd1-e2 11. Dd1-e2 12. Dd1-e2 13. Lg5-f6 14. Dd1-e2 15. Dd1-e2 16. Dd1-e2 17. Dd1-e2 18. Dd1-e2 19. Dd1-e2 20. Dd1-e2 21. Dd1-e2 22. Lel-f4 23. Kgl-b1 24. Kgl-b1 25. Ld5-e2 26. Dd1-e2 27. Lel-g5 28. Dd1-e2 29. Dd1-e2 30. Dd1-e2 31. Dd1-e2 32. Dd1-e2 33. Dd1-e2 34. Dd1-e2 35. Dd1-e2 36. Dd1-e2 37. Dd1-e2

Das spanische Altersturnierspiel ist eine der besten Schachpartien, die je gespielt wurden. Es ist ein Spiel, das die Kunst des Schachs in der höchsten Form darstellt. Die Partie ist ein Meisterwerk der Schachkunst, das die Kunst des Schachs in der höchsten Form darstellt. Die Partie ist ein Meisterwerk der Schachkunst, das die Kunst des Schachs in der höchsten Form darstellt.

Das spanische Altersturnierspiel ist ein Spiel, das die Kunst des Schachs in der höchsten Form darstellt. Die Partie ist ein Meisterwerk der Schachkunst, das die Kunst des Schachs in der höchsten Form darstellt. Die Partie ist ein Meisterwerk der Schachkunst, das die Kunst des Schachs in der höchsten Form darstellt.

### Schachnachrichten.

Zurzeit findet in Petersburg ein Turnier für russische Meister statt, dessen erster Sieger die Vereinfachung der Schachregeln sein wird. Der Sieger wird die Vereinfachung der Schachregeln sein. Der Sieger wird die Vereinfachung der Schachregeln sein. Der Sieger wird die Vereinfachung der Schachregeln sein.

viel mehr die öffentliche Meinung, daß die Polizei als Berufsbehörde berechtigt sein soll, darüber zu befinden, wie ein Dichter zu schreiben habe. Wichtiges soll der Grundbesitz des Oberverwaltungsgerichts ein allgemeines gültiges Rechtsgrundgesetz sein — mit welchem Rechte verweigert man die Auslieferung von Briefen und von Lauffüßler Schilde, die auf den Geschäftskunden noch geradezu aufliegend wirken?

### Mutterlei.

Das Kind von Wismar. Es gibt kein Lebensbuch ohne die Geschichte einer züchtenden Kindeslebe. Da wird von einem Mädchen oder einem kleinen Mädchen erzählt, das seinen Vater oder seine Mutter krank. Da wächst in dem Munde die Wiebe zu mächtig die Mutter krank. Da wächst in dem Munde die Wiebe zu mächtig die Mutter krank. Da wächst in dem Munde die Wiebe zu mächtig die Mutter krank.

Das Kind von Wismar. Es gibt kein Lebensbuch ohne die Geschichte einer züchtenden Kindeslebe. Da wird von einem Mädchen oder einem kleinen Mädchen erzählt, das seinen Vater oder seine Mutter krank. Da wächst in dem Munde die Wiebe zu mächtig die Mutter krank. Da wächst in dem Munde die Wiebe zu mächtig die Mutter krank.

### Humor und Satire.

Zurechnungsfähig. In einer Gerichtsverhandlung ereignete sich folgendes Geschehen. Ein Gewand wird als Zeuge in der Verhandlung gegen einen wegen Diebstahls angeklagten Mann. Der Angeklagte verteidigt sich mit dem Hinweis auf seine finanzielle Verarmtheit. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Angeklagte wirklich so betrunken gewesen sei, wie er behauptet, verneint dies jener und begründet auf die weitere Frage des Vorsitzenden, warum er dies behauptet, seine Verarmtheit damit, daß er erklärt: „Der Angeklagte hat mich ja sofort erkannt, denn er hat mir gesagt: „Du bist ein Kanarienvogel.“









**Eingegangene Druckschriften.**

Nicht bezogene Aufgebungen werden nicht zurückgeschickt. Besprechungen vorbehalten. Alle hier angeführten Bücher und Schriften sind auch durch die Buchhandlung der „Volksstimme“ und deren Kolporteur zu beziehen.

**In freien Stunden.** Von dieser Wochenschrift, die im Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin, in 10 Bänden, erscheint, liegt nunmehr der abgeschlossene zweite Band des 17. Jahrgangs vor. Er umfasst die im zweiten Halbjahr 1913 erschienenen Hefte, die in dieser Form die Reichhaltigkeit ihres Inhalts besonders hervorheben lassen. Neu eingeführt sind mit diesem Band illustrierte Aufsätze aus den verschiedensten Lebens- und Wissensgebieten, wie denn überhaupt „In freien Stunden“ inhaltlich weitestgehend bereichert worden ist. So eignet sich dieser neue Band auch sehr schön als Geschenk, und er wird in jeder Arbeiterbibliothek ebenfalls zahlreiche Leser finden. Der Preis beträgt auf gutem Papier gedruckt und in Leinen gebunden 4 Mark, Halbfranzband 5 Mark.

**Die Schaubühne,** herausgegeben von Siegfried Jacobsohn, enthält in der Nummer 5 ihres 10. Jahrgangs: Das wohlstandige Opernhaus. Von Robert Kreuer. — Simon. Von S. J. — Meditation über Don Giovanni. Von Leopold Ziegler. — Friedrich Schiller. Von Lisa Komroth-Loewe. — Solberg und wir. Von Karl Morburger. — Deutsche Parodien. — Kino-Pornographie. Von Norbert Jacques, u. a. Die „Schaubühne“ kostet: 40 Bg. die Einzelaummer, 3,50 Mark vierteljährlich, 12 Mark jährlich. Verlag der „Schaubühne“, Charlottenburg, Dernburgstraße 25.

**Sozialistische Erziehung im Hause.** Von Käthe Duncker. Heft 7 der Sozialdemokratischen Frauen-Bibliothek erschien soeben. Zur Orientierung seien hier einige Kapitelüberschriften wiedergegeben: Was ist und was kann die Erziehung? — Das Ziel der sozialistischen Erziehung. — Körperliche Erziehung. — Ueber die Behandlung des Geschlechtlichen in der Erziehung. — Intellektuelle Erziehung. — Moralische Erziehung. Der Preis der Broschüre ist 40 Bg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen sowie vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin SW 65.

**Die Lese,** Wochenschrift für das deutsche Volk, herausgegeben von Theodor Ebel im Leseverlag, Stuttgart, legt uns ihr viertes diesjähriges Wochenheft vor. Es enthält, wie man es bei dieser vortrefflich geleiteten Zeitung nachgerade gewohnt ist, eine Menge hochwertiger, fesselnder Beiträge. Da die „Lese“ nur anerkannt guten und gebieteren Lesestoff bringt und die seitdem „Unterhaltungslehre“ sorgsam meidet, ist es nicht verwunderlich, daß ihre Leserschaft von Nummer zu Nummer steigt. Probeummern der „Lese“ gibt jede Buchhandlung ab. Verlag: Stuttgart, Ludwigstraße 26.

**Neue Zeit,** 16. Heft des 32. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Haben die christlichen Gewerkschaften sich Rom unterworfen? Von August Erdmann. — Die Anfänge des preussischen Staates. Von Fr. Mehring. — Kirchenaustrittsbewegung und Sozialdemokratie. Von Karl Liebknecht. — Kirche und Sozialdemokratie. Von F. Merfeld. — Zur Kirchenaustrittsbewegung. Von Hans Marquardt. — Literarische Rundschau: Professor Dr. Ferdinand Tönnies, Die Entwicklung der sozialen Frage. Von G. Eckstein. Doktor Friedrich Beckmann, Die Futtermittelzölle. Von Ernst Andree. — Zeitgeschichten. Von E. G. Preis Mark 3,25 pro Quartal; einzelnes Heft 25 Pfennig.

Die naturwissenschaftliche und technische Bildung liegt im Volke leider noch sehr im Argen. Der Aufgabe, hier Wandel zu schaffen, will sich eine neue Zeitschrift „zur Verbreitung naturkundlichen und technischen Wissens“ unterziehen, die den Titel **Der Stein der Weisen** trägt. Die bis jetzt vorliegenden zwei ersten Hefte lassen erkennen, daß die Leitung des Unternehmens es versteht, das Interesse für das Walten der Natur und die moderne Technik, durch die der Mensch sich die Kräfte der Natur dienstbar gemacht hat, zu wecken und zu vertiefen. Das 24 Seiten starke, mit über 50 Bildern geschmückte Heft der im Atlasverlag G. m. b. H. Berlin S 42, erscheinenden Zeitschrift kostet 15 Pfennig.

Im Verlag von J. S. W. Dieckhoff in Stuttgart ist erschienen: **Die christlichen Gewerkschaften,** insbesondere ihr Verhältnis zu Zentrum und Kirche. Von August Erdmann. 206 Seiten. Preis kartoniert 1,50 Mark. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Die katholischen Arbeiterorganisationen bis 1900. — Die Gründung und das Programm der christlichen Gewerkschaften. — Der Kampf der Richtungen. — Von Zürich bis Essen. — Die christlichen Gewerkschaften in ihrem Verhältnis zu Zentrum, Kirche, Unternehmertum und Regierung. — Ferner ist enthalten: Die Arbeitsordnung in den gewerblichen Betrieben Deutschlands. Von Friedrich Klees, Arbeitersekretär in Halle a. d. S. 127 Seiten. Preis kartoniert 1 Mark. Der Verfasser hat es unternommen, über die Anwendung der Arbeitsordnungen Material aus der Praxis zusammenzustellen. Die Arbeit will den umfangreichen Mißbrauch, der von den Unternehmern mit den Arbeitsordnungen getrieben wird, beleuchten und zu einer Regelung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen anporren. Er hat zu diesem Zweck in rund 2000 Arbeitsordnungen Einsicht genommen, die ihm von den örtlichen Verwaltungsstellen der freien Gewerkschaften zur Verfügung überlassen worden sind. Die auf diesem Wege festgestellten Tatsachen lassen deutlich erkennen, daß auf dem Gebiete der Arbeitsordnungen den Gewerkschaften noch außerordentlich viel zu tun übriggeblieben ist.

Soeben erschien die Nr. 44 des **Simpleximus.** Preis 30 Bg. Simpleximus-Verlag G. m. b. H. u. Co. in München.

**Peter Rosegger, Gesammelte Werke.** Vom Verfasser neu bearbeitete und neu eingetragene Ausgabe. 40 Bände in vier Abteilungen zu je 10 Bänden. Jeden Monat gelang ein Band zur Ausgabe. Jeder Band geschmackvoll gebunden 2,50 Mark, in Halbfanzband 4 Mark. Einzelne Bände werden nicht geliefert. Verlag von E. Stadmann in Leipzig. Soeben erschien von der 1. Abteilung Band 9: **Am Tage des Gerichts.** Mein Lied. Der vorliegende Band der prachtvollen Neuausgabe der Gesammelten Werke Roseggers enthält das einzige Theaterstück des Dichters, einige dramatische Szenen und seine Lyrik. „Am Tage des Gerichts“ behandelt einen jener tragischen Konflikte, die plötzlich und schrecklich zwischen Wilderer und Förster entstehen. Den Dichter inspirierte in einem dieser unerbittlichen Zweikämpfe die Idee des gewaltigen Gegenfasses, der die Menge zu fesseln und den Instinkt der Großmut zu wecken vermochte, der in ihr ebenso schlummert wie der Instinkt der Grausamkeit. Dieses vieraktige Volksschauspiel leitet bekanntlich die letzte Periode des Schaffens Roseggers ein, wo der Dichter mehr denn je, der moralischen Tat und der sozialen Reform zugeneigt, die Liebe als den mächtigsten Hebel des Fortschritts ansieht. — „Mein Lied“, des Dichters Werk, möchte weniger nach der Person sein. Rosegger hat seine Lieber für seine Freunde geschrieben. Er gibt nur Selbsterlebens. Er gibt den Menschen zurück, was er von ihnen hatte, verginst mit seiner eignen Seele. Bei der Auswahl der Gedichte ließ sich der Dichter weniger von Grundfragen der metrischen Schönheit als von ernster Forderungen der Echtheit leiten. Möge Roseggers Lied, den Leser zu guter Stunde grüßend, auch seiner Freunde Lied sein.

**Invalidentank.** Eine interessante Zusammenstellung der im Deutschen Reich erscheinenden Tageszeitungen und Zeitschriften sowie der bemerkenswertesten Auslandspreise nebst Angaben über Erscheinungsweise und -art, sowie Zeitpreise usw. bringt der neu erschienene **Zeitungs-Katalog 1914** der Annoncen-Expedition des Invalidentank, Berlin W 9. Bei gediegener äußerer Ausmachung zeigt das über 600 Seiten starke Werk einen gut durchgearbeiteten Inhalt, der die sorgfältigste sachmännliche Bearbeitung erkennen läßt und sich infolgedessen als nützlich Handbuch für Interessenten kennzeichnet. Der Katalog wird an Interessenten gratis abgegeben von der Zentrale des Invalidentank, Berlin W 9, oder deren über ganz Deutschland verbreitete Geschäftsstellen.

**Der Staatsbürger** (vierteljährlich 2 Mark. Verlag von Ernst Heinrich Moritz, Stuttgart) beginnt mit dem neuen Jahrgang als Monatschrift einen neuen Abschnitt seiner Wirksamkeit. Das Januarheft bezeichnet auch äußerlich die Wandlung: im handlichen Format sowie der gesamten Ausstattung. Der Inhalt des Heftes ist vielseitig und interessant: zwei Aufsätze F. Könnies, Der Staatsmann und das Leben und Franz Oppenheimer, Demokratie, sowie die Rundschau und die Chronik.

Eine preiswerte  
**Wohnungs-Einrichtung**  
für nur **465 Mk.** bestehend aus:  
1 Wohn- od. Speisezimmer: 1 Schlafzimmer:  
1 Büfett oder 1 Schrank mit Spiegel,  
1 Schrank und Vertiko, 2 schwere engl. Betten,  
1 Trumeau oder Umbau, 2 Matratzen,  
1 Klappstisch, 2 Nachtschränken, Marmor,  
1 Kusztisch, 441 1 Waschtiselle, Marmor,  
4 Lederstühle, 2 Stühle, 1 Handtuchhalter,  
einer modernen Kücheneinrichtung.  
**Möbelhaus Jentzsch, Breiteweg 188, Hofgebäude.**

**Das Christusproblem gelöst!**  
K4 Soeben erschien: **Vor 1900 Jahren!**  
**Wer war Jesus Christus?**  
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerlandes, einer Art Freimaurervereinerung. Es ist der Bericht des Aeltesten dieses Bundes in Jerusalem an den Aeltesten in Alexandria. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser historische Bericht ist ins Deutsche übersetzt worden, mit einem Vorwort über Pontius Pilatus, neu bearbeitet von Ferd. Schmiel. Kein Denker wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen. Preis 1,50, schön gebunden 2,20. Nachnahme 30% mehr. Bücherkatalog gratis durch Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 512.

**Aepfel Fleisch- u. Wurstwaren**  
verkauft jedes Quantum ab  
Kahn zu bekannt billigen  
Preisen. 207 Striebing. Wohn. 542, 107, 5, von. Tramsberg 2.

**Aken Aken**  
Donnerstag, 29. Januar, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
findet im Berliner Hof hierelbst eine

**öffentliche Versammlung**  
statt.  
Tagesordnung:  
**Das Koalitionsrecht in Gefahr. — Die letzten Verhandlungen im Reichstag über Zabern.**  
Arbeiter, in Massen heraus!

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Magdeburg.  
Am Sonntag den 1. Februar, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im „Sachjenhof“:  
**Außerordentl. Generalversammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Aufstellung von Kandidaten zum Gewerkschaftskongreß. 2. Aufstellung von Kandidaten zum Verbandstag. 3. Aufstellung von Kandidaten zur Konferenz. 4. Stellung und Beratung von Anträgen. 5. Verschiedenes.  
Bereite Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird pünktliches u. vollständiges Erscheinen erwartet.  
Die Lokalverwaltung.  
Eine große Vorstands-Sitzung tagt am Freitag abends 8 Uhr im „Sachjenhof“.  
Bezieht die Rechnungen tagt am Sonnabend den 31. Januar, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Carbe, Ottenbergstr. 30.

**Sozialdemokratischer Verein Magdeburg**  
Sonnabend, den 31. Januar, abends 8 Uhr,  
im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c  
**Lustiger Abend!**  
Fesselndes Programm. Packender Humor u. Satire. Ausgabe einer humoristischen Zeitung. Errichtung einer Saalpost. Rezitationen.  
Spezialität: **Der Pandurenkeller in Zabern.**  
Während der Kaffeepause humoristische Vorträge.  
Eintrittspreis 25 Pf. Das Festkomitee. Der Vorstand.

Soeben erschienen!  
**Zabern**  
Militäranarchie und Militärjustiz  
Eine geistreiche und sehr interessierende Rede des Reichstagsabgeordneten **Germann Wendel**, gehalten am 18. Januar im Saalbau zu Offenbach a. M.  
Preis 10 Pfennig. Preis 10 Pfennig.  
Alle Austrägerinnen und Kolporteurinnen nehmen Bestellungen entgegen. Wir bitten, sofort zu bestellen.  
**Buchhandlung Volksstimme**  
Magdeburg, Große Männsstraße 3.

**Aepfel**  
verkauft jedes Quantum  
Striebing, Kronprinzengraben 2  
Kartoffelacker, dicht an Neustadt, Umarmungstr. 15, Erdree.

**Malerlehrling**  
gegen Vergütung und unter sonstigen günstigen Bedingungen gesucht.  
W. Böhme Große Klosterstraße 19.

**Schneiderlehrling** zu einem  
E. Paland, Alt-Fernseleben 63.

**Zirkus-Theater.**  
Täglich 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: 30  
**Prinz und Bettlerin**  
letzte Woche.  
In Vorbereitung:  
**Schrecken der Fremdenlegion.**

**Weisse Wand**  
Nur noch bis Freitag 53  
**Henni Vorten**  
der Liebling des Publikums, in dem vieraktigen Drama  
**Der Weg des Lebens.**

**Stephanshallen**  
— Dr. Rich. Froherz. !  
Abends 8 Uhr 5040  
**Varieté-Vorstellung.**  
Streng dezentes Programm für Familien-Publikum.  
Vorzeiger dieser Annoncen hat außer Sonnabend und Sonntag freien Eintritt.

**Wilhelm-Theater**  
Donnerstag den 29. Januar  
Gastspiel Hedi Olenz.  
**Fatinia.**  
(Fuzendarten gültig.)  
Freitag den 30. Januar  
**Der Zigeunerprimas.**  
Sonnabend den 31. Januar  
**Wiener Blut.**

**ZENTRAL THEATER**  
Letzte 3 Tage:  
Heinrich Prang  
Letzte 3 Tage:  
Groß und Lohé  
Letzte 3 Tage:  
Wiege Hausmann  
Letzte 3 Tage:  
Samira und Max  
Letzte 3 Tage:  
Gottlieb Beck  
Letzte 3 Tage:  
378 Chas Francois

Sonnabend:  
**Ehren- u. Abschiedsabend**  
**Heinrich Prang**

**Viktoria-Spiegelsäle**  
55  
Orienbrezelstr. 14  
**Tiroler-Kapelle.**  
Musik bis 12 Uhr.

**Stadttheater**  
Donnerstag den 29. Januar  
**Die Spahenprinzessin.**  
Freitag den 30. Januar  
(Auser Abonnement.)  
**Sritan und Stolde.**

**Druckerei-Gilfsarbeiter-Verband.**  
Am 25. Januar starb nach langem, schwerem Leiden unser treues Mitglied

**Luise Zschuckelt**  
im Alter von 44 Jahren.  
Sie verlor ihre Mutter und ihre Brüder in ihrer Jugend. Sie verlor auch ihre Brüder in ihrer Jugend. Sie verlor auch ihre Brüder in ihrer Jugend.

**Entlaufen** 198  
Am 25. d. M. eine **Damenuhr** (schwarzbraun) mit einem roten Band (schwarzbraun). Gegen Belohnung abzugeben. J. 5.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten, Bekannten und Kollegen sowie den Bewohnern des Hauses Schiffstraße 42 unseren besten Dank.  
**Wilhelm Stief nebst Kindern.**



Erfurt 1510 828 (1407 402), Halberstadt 585 985 (558 681), Weiskopf 275 653 (272 801), Zeitz 321 593 (299 093), Nordhausen 410 047 (404 091), Weiskopf 225 055 (211 691), Stendal 219 365 (202 392) und Quedlinburg 361 179 (386 621).

Von besonderer Bedeutung sind die Personen mit großem Einkommen, die bei verhältnismäßig großen Steuerleistungen die geringsten Verwaltungskosten verursachen. Personen mit einem Einkommen von mehr als 100 000 Mark wurden veranlagt in Magdeburg 56 (im Vorjahr 51), Erfurt 21 (22), Halberstadt 15 (13), Weiskopf 5 (4), Zeitz 7 (5), Nordhausen 7 (8), Weiskopf 2 (2), Stendal 1 (1) und Quedlinburg 9 (10).

Von Interesse ist auch die Feststellung der Zahl der Personen, die in den einzelnen Städten im Jahre 1913/14 ein steuerpflichtiges Einkommen von 900 bis 8000 Mark beziehen und andererseits in welchem Maße die physischen Personen mit einem solchen Einkommen durch ihre veranlagten Staatssteuern zum Einkommen der veranlagten Steuern aller physischen Personen beitragen. Die Zahl der hier in Betracht kommenden Personen war in Magdeburg 62 042 (sie brachten von der auf alle physischen Personen entfallenden Staatssteuersumme auf 27,31 Prozent), Erfurt 25 570 (30,63 Prozent), Halberstadt 8124 (23,28 Prozent), Weiskopf 5836 (35,31 Prozent), Zeitz 6096 (29,56), Nordhausen 5003 (21,06), Weiskopf 4703 (32,19), Stendal 5209 (40,26) und Quedlinburg 4116 (18,75 Prozent).

Das Strandbad im Jahre 1914. Im Haushaltsplan für das städtische Badewesen sind für das Bad als Einnahme 6000 Mark eingestellt. Hierzu gibt der Magistrat folgende Erläuterung: Im vergangenen Jahre war mit der Pächterin, der Magdeburger Bade- und Badeschank, eine Pachtsumme von 1000 Mark, zu der 50 Prozent der etwaigen Reineinnahmen hinzutreten sollten, verabredet worden. Da die Reineinnahmen der Pächterin 7671,08 Mark betrugen, hatte die letzte eine Pacht von 1000 + 3335,54 Mark = 4335,54 Mark zu zahlen, während ihr selbst eine Reineinnahme von 3335,54 Mark verblieb. Wenn man bedenkt, daß das Wetter im vergangenen Sommer, insbesondere im Monat August, für den Badebetrieb außerordentlich ungünstig war und daß ferner die Eröffnung des Bades erst Anfang Juni erfolgen konnte, so erscheint die als Pacht für das kommende Jahr vorgesehene Summe sicherlich nicht zu hoch gegriffen, zumal eine weitere Ausgestaltung des Strandbades sich als notwendig herausgestellt hat. Für diesen Zweck sind bereits 50 000 Mark im Haushaltsplan der Hochbauverwaltung vorgesehen. An Verbesserungen sind bisher für dieses Jahr vorgesehen: Vergrößerung des Damenbades und Herstellung des von vornherein vorgesehenen Männerbades, Verbesserung des Badestrandes durch Anfahren von Kies, Beschaffung eines weiteren Zeltes für Männer, in dem Einzelkabinen vorgesehen sind, Herstellung von Einzelkabinen für Frauen, Erweiterung des Verwaltungsgebäudes, Herstellung einer Wasserleitung und Ausfüllung des geplanten Radfahrweges. Nach Fertigstellung all dieser Verbesserungen wird sich das Strandbad vorteilhafter zeigen, als es bisher der Fall war.

Auslieferung unter Tarifbruch. Die Magdeburger Tapezierer kündigten am 28. Dezember 1913 den vor 3 Jahren abgeschlossenen Tarif, der noch bis zum 15. März dieses Jahres läuft. Trotzdem beschleunigte die Organisation die Auffstellung der Forderungen darrat, daß bereits eine für den 31. Januar einberufene Gehilfenversammlung die entscheidende Abstimmung vornehmen wird. Das wurde auch dem Innungsobmann mitgeteilt. Trotzdem nahmen am Sonnabend und am Dienstag eine Anzahl Firmen die Auslieferung der organisierten Gehilfen vor. Den Arbeitgebern war folgendes Schreiben des Vorstandes der Zwangsinnung zugegangen:

#### Bester Kollege!

Laut Innungs-Arbeitgeberverbandsbeschluss vom 22. Januar sind Sie verpflichtet, Ihre dem Verband angehörenden Gehilfen am 27. Januar zu entlassen. Die Vorstände.

Stempel der Tapeziererzwangsinnung zu Magdeburg.

Dieser Tarifbruch ist schon von langer Hand vorbereitet worden. Der Briefwechsel, der zwischen dem Arbeitgeber und dem Obermeister geführt wurde, enthält in den Schreiben des Innungsobmannes folgende persönliche Beleidigungen. Als die Innung sah, daß die Leitung der Gehilfenorganisation sich nicht zu unüberlegtem Handeln hinreißen ließ, griff sie zum Tarifbruch. Die Forderung an die Gehilfen, aus dem Verband auszutreten, beweist klar, wohin der Weg geht. Die Organisation soll vernichtet werden, um allen Behringungen nach besserer Lebenshaltung entgegenzutreten zu können. Einzelne Arbeitgeber haben versucht, den Tarifbruch damit zu bestätdeln, daß sie Arbeitsmangel vorküßten. Aber eigentümlicherweise sollte dieser Arbeitsmangel immer dann gleich behoben sein, wenn die Gehilfen ihren Austritt aus dem Verband erklärten. Daß die Auslieferung von langer Hand vorbereitet war, beweist der Umstand, daß einer der Hauptgeschäftsmacher erklärte, er könne alle Betriebe mit Arbeitswilligen besetzen, es seien bereits 60 Mann von Berlin unterwegs. Wenn das auch gelunke ist, so zeigt es doch die Absichten der Herren. Ein Teil der Arbeitgeber hat sich zu diesem Tarifbruch nicht breitschlagen lassen und beschäftigt seine Leute weiter. Eine genaue Uebersicht wird in nächster Zeit bekanntgegeben. Die Magdeburger Arbeiterchaft wird um Unterstützung in diesem Kampfe ums Koalitionsrecht gebeten.

Deutscher Holzarbeiterverband. Verwaltungsstelle Magdeburg. Am Sonntag 1. Februar, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, tagt eine außerordentliche Generalversammlung im „Sachsenhof“, welche sich mit der Feststellung von Kandidaten zu Gewerkschafts-kongress, Verbandstag und Konferenz beschäftigt wird. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist notwendig. Näheres im heutigen Interim. Die Lokalverwaltung.

Die Gleichheit vor dem Gesetz. In Lichtenberg wurden feinerzeit bei den Stadtratswahlen für den Magistrat neben vier bürgerlichen Kandidaten auch zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung gewählt. Es waren dies die Stadtratsverordneten Jahn und Gramer. Wie jetzt gemeldet wird, hat die Regierung die Bestätigung der beiden Stadträte verweigert. Dagegen ist die Bestätigung der vier bürgerlichen Stadträte offiziell erfolgt. Zu dieser Nachricht bemerkt die „Magd. Ztg.“: „Womit die Regierung richtig gehandelt hat.“ Die „Magd. Ztg.“ hat wohl gar kein Empfinden dafür, welche aufreizende Wirkung dieser Kommentar auf jeden gerecht denkenden Menschen haben muß. Denn vor dem Gesetz sollen doch alle Staatsbürger gleich sein. Wenn die „Magd. Ztg.“ so unerbötlich der ungerechten und ungleichen Behandlung das Wort redet, so besorgt sie damit nur die Geschäfte der Sozialdemokratie und — das soll uns recht sein.

Vom Kaufmannsgericht zu Magdeburg. Im Monat Dezember wurden insgesamt 31 Klagen erhoben, erledigt wurden ebenfalls 31. Eine Streitsache bis 20 Mark hatten 4 Klagen über 20 bis 50 Mark 4, über 50 bis 100 Mark 4, über 100 bis 300 Mark 10 und über 300 Mark 4 Klagen. Erledigt wurden durch Veräussungsurteil 2 Klagen, durch Vergleich 14, durch andre Einreden 2, durch Zurücknahme 8 und auf andre Art 5 Klagen. Die Zahl der Gemeisbeschlüsse betrug 4.

Arbeiterjugend. Am Donnerstag findet für Budau ein Sieders- und Unterhaltungsabend in der „Thalia“, Dorfkernstraße, statt; für A l t e u s a d t ein Sieders- und Unterhaltungsabend Georgenplatz 10. — Am Freitag findet für A l t s t a d t ein Rezitationsabend Georgenplatz 10 statt. — Am Sonnabend Siedersabend.

Die Zählung der leerstehenden Wohnungen, die alljährlich am 1. November vom hiesigen Statistischen Amt vorgenommen wird, hat zum erstenmal seit 1908 eine Abnahme ergeben, eine Tatsache, welche angesichts der geringen Bautätigkeit nicht überraschend ist. Im ganzen wurden bei der am 1. November 1913 vorgenommene Zählung in ihren Ergebnissen sorgfältig nachgeprüften Erhebung nur 1224 leerstehende Wohnungen in Magdeburg ermittelt gegen 1687 im Vorjahr und 1663 bzw. 1526 in 1911 und 1910. Scheidet man die 7 in 1908 und 1910 durch Eingemeindung hinzugezählten Vororte aus, so ergibt sich seit 908 eine Zifferreihe, die von 855 auf 1182, 1415, 1537 und 1585 in 1912 steigt, während in 1913 eine Abnahme auf 1182 eintritt; die angegebene Zahl der Wohnungen verteilte sich in den Jahren von 1908 bis 1913 auf 689, 855, 957, 1068, 1100 und (1913) 857 Grundstücke. Seit der Einführung regelmäßiger Jahreszählungen (1894) ist die höchste Zahl leerstehender Wohnungen im Jahre 1894 mit 3522 (d. h. 6,93 Prozent des damaligen Bestandes), die niedrigste in 1900 mit 417 (0,77) nachgewiesen. Will man den Gründen der Bewegung näher kommen, so muß versucht werden, die beiden bestimmenden Faktoren des Wohnungsmarktes, Angebot und Nachfrage zu trennen.

Nach der auf Grund der Statistik der Neu-, Umbauten und Abbrüche vorgenommenen Fortschreibung der Zahl der Wohnungen ist auch der Wohnungszugang noch weiter zurückgegangen; er betrug in dem der Zählung vorangehenden Jahre in Alt-Magdeburg nur die Hälfte des 2 Jahre früher nachgewiesenen. Aus diesem Grunde mußte die Nachfrage, wie sie sich in der Zugangsziffer der bewohnten Wohnungen darstellt, zu einem erheblichen Teil aus der Zahl der leerstehenden Wohnungen befriedigt werden.

Entsprechend der Abnahme der Bautätigkeit hat sich auch die Zahl der in Neubauten des letzten der Zählung vorangehenden Jahres leerstehenden Wohnungen vermindert und betrug (im alten Gebietsumfang) nur noch 55 gegen 180 und 284 in 1912 und 1911 oder in Prozenten aller neu erstellten Wohnungen 6,2 gegen 12,7 und 15,8. Dabei darf nicht vergessen werden, daß 28 Prozent der neuen Wohnungen erst im September und Oktober, also kurz vor der Zählung gebrauchsfertig geworden sind. Im ganzen entfielen von den 893 neuerbauten Wohnungen des alten Stadtgebietes 162 auf die Baugenossenschaft (Vorjahr von 1412: 172), von den leerstehenden jedoch nur 2, so daß nach Abzug dieser der Prozentsatz der leerstehenden unter den neuen Wohnungen sich auf 7,3 erhöht. Auch in den 7 Vororten fand ein erheblicher Teil der neuerbauten Wohnungen im Eigentum der Baugenossenschaften, nämlich 76 von 225, dazu treten noch 17 Wohnungen in Privathäusern der Gartenstadt Sopsengarten.

Von dem gesamten Wohnungsvorrat (bewohnte und leerstehende zusammengezählt) fanden am 1. November 1913 leer: 1,59 Prozent (Vorjahr 2,23); insbesondere im alten Stadtgebiet 1,62 gegen 2,30, 2,28, 2,15, 1,83 und 1,35 in den Jahren 1912 bis 1908. Für die 7 Vororte ergibt sich nur ein Ueberschuß von 1,28 Prozent (Vorjahr 1,47). Inner den einzelnen Stadtteilen Alt-Magdeburgs hat die Zahl der leerstehenden Wohnungen am stärksten abgenommen in Wilhelmstadt (von 282 auf 149) und Sudenburg (von 202 auf 119), also gerade in den Stadtteilen mit der stärksten Bautätigkeit, am geringsten in der südlichen und westlichen Stadterweiterung (von 153 auf 140). Weiter haben abgenommen die innere Stadt von 400 auf 339, Nordfront: von 79 auf 63, Friedrichstadt von 47 auf 37, Alte Neustadt von 236 auf 160, Neue Neustadt von 102 auf 72 und Budau von 84 auf 53. Im Verhältnis zum gesamten Wohnungsvorrat war der Wohnungsüberschuß am höchsten in den verschiedenen Teilen der Altstadt (innere Stadt 2,4, südliche und westliche Stadterweiterung 2,3, Nordfront 2,2 Prozent), dann folgen die Alte Neustadt (2,0) und die rechtselbischen Teile der Stadt (1,7). Etwa in Höhe von 1 1/2 Prozent steht die Wilhelmstadt, von 1 Prozent die Sudenburg, unter 1 Prozent die Neue Neustadt 0,9 und Budau (0,8).

Betrachtet man die leerstehenden Wohnungen des alten Gebietsumfangs nach ihrer Größe, so ergibt sich die härteste Abnahme bei den Wohnungen mittleren Umfangs. So beträgt die Verminderung bei den Wohnungen ohne Küche bzw. mit 1 oder 2 Räumen und Küche — abgesehen von den Wohnungen mit Gewerbetrieben — 55 (von 486 auf 431), bei den Wohnungen mit mehr als 5 Zimmern und Küche 35 (von 226 auf 181), dagegen bei den Wohnungen mit 3 bis 5 Zimmern und Küche 361 (von 808 auf 445). Aber auch in der Uebersicht der kleineren Wohnungen geringer als der großen, da in ganz Magdeburg von den Wohnungen mit 2 Wohnräumen und Küche nur 1 Prozent, bei 3 Räumen nur wenig mehr (1,1), bei 4 fast 2 Prozent, bei 5 jedoch fast 3, bei mehr als 5 sogar 3 1/2 Prozent leer standen.

Aushebung der Städte. Nach langen Verhandlungen ist vor wenigen Tagen das Zement-Syndikat zustande gekommen. Es folgen bereits jetzt Nachrichten über sehr erhebliche Preisrückführungen. Das erste Opfer des Kartellmachers, das bekannt wird, sind die Steuerzahler in Hannover. Das dortige Stadtbauamt verlangt die Lieferung von 550 Doppelwagen (a 10 000 Kilogramm) langjam bindenden Portland-Zement für Kanalisations- und Hofanlagen. Die Preise der am billigsten anbietenden Werke sind 270 Mark für den Doppelwagen, während dieselben Werke am 15. Juli vorigen Jahres von der Eisenbahndirektion in Hannover nur 205 Mark verlangt haben. Infolge des Zusammenschlusses der Zementwerke zahlt die Stadt Hannover allein bei diesem einzigen Auftrag 550 x 65 Mark = 35 750 Mark mehr. Da das Zementkarat bis 1925 läuft, kann man sich vorstellen, was bis dahin aus den Verbrauchern herausgeholt werden wird.

Schlechte Geschäfte. In den Parochialblättern wird jetzt lebhaft Klage geführt über den schlechten Verlauf der Kirchen, der in keinem Verhältnis zu der Anzahl der Gemeindeglieder steht. Zu gleicher Zeit wird ein kräftiger Protest gegen die Kirchenaustrittsbewegung erlassen. Inbrünstig werden die, die es angeht aufgefordert, in den Schutz der Kirche zurückzukehren. Wie es scheint, stehen die Männer, die die Parochien zu leiten haben, diesen Erscheinungen ziemlich ruhig gegenüber.

Baugenehmigungen. In der zweiten Hälfte des Januar wurden von der städtischen Polizeiverwaltung 56 Baugenehmigungen erteilt. An größeren Bauten befinden sich darunter vier Wohnhäuser, ein Jahrbüchlein Halberstädter Straße 13, und ein Stellwerkgebäude auf dem Bahnhofsplatz an der Kothener.

Gestohlen wurden einem Hausdiener am Breiten Weg aus einem Koffer 15 Mark (als Dieb ist der Hauswache Wilt K. von hier, der das Zimmer mitbewohnte, ermittelt); vom Hofe eines Grundstücks im Längen Weg ein 3/4 Nordhäuer im Gewicht von 142 Kilogramm (das hat trägt die Bezeichnung „D. St.“ und die Nummer 925); aus einer Bodenlampe in der Janitschka ein Koffer mit 250 g Silber; aus einem Garten am Eichenweg (Sopsengarten) von der Leine vier Herrenhunden, drei Frauenhunden, eine Kackade, ein Damen-Hemdkleid und eine Herren-Turnhose; vom Hofe des Grundstücks Lutherstraße 5 b ein Fahrrad „Parade 18“; in der Janitschka-Straße ein Handleitwagen; vom Hofe des Grundstücks Sopsendorfer Straße 34 ein 3/4 Nordhäuer, etwa 100 Liter. Das hat trägt die Nummer 1148; von einem Boden in der Janitschka drei Schürzen, ein Ledertaschengürtel, zwei Normalunterhosen, zwei Normalhemden und ein Unterrock. Die Sachen sind frisch gewaschen und haben zum Trocknen auf einer Leine gehangen.

Selbstmord. Am Dienstag gegen 4 Uhr nachmittags wurde auf dem Südfriedhof ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter Mann mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe tot aufgefunden. Nach dem ihm vorgefundenen Papieren handelt es sich wahrscheinlich um den Werksführer Heinrich Krenn aus Dillstedt, Kreis Goslar. Es liegt Selbstmord vor. Nach Angabe eines Arztes kann der Tod schon vor 2 Tagen eingetreten sein.

## Konzerte, Theater u.

Mitteilungen der Direktionen.)

\* Stadtheater. Am Donnerstag dieser Woche wird zum ersten Male in der Saison eine Baudeille von Theo Halton und Erich Urban, „Die Spaghenprinzessin“, gegeben werden. Robert Leonard schreibt die Musik dazu. Aller Voraussicht nach wird das heitere und übermäßige Wertchen die Anerkennung uners Theaterpublikums finden. Denn eine flotte und feste Handlung, ohne jede zweifelhafte Jutat des Witzes, der nach bekanntem neuzeitigem Operettenmuster nur die Situation retten soll, und ohne jede Bedenklichkeit des Dialogs, wird ein dem Humor nicht abgeneigtes Publikum stets unterhalten und in jene Stimmung versetzen, welche die leichtere Lust der Bühne stets auslöst. Leonards Musik ist charakteristisch und der Szene, die sie illustrieren soll, angemessen. Die Regie führt Spielleiter Leo Tischer, die musikalische Leitung hat Kapellmeister Weigert. In den großen Rollen sind beschäftigt die Damen: Margarete Alberty (Aphronia), Herta Jondertan (Katharine) und Helene Sander (Mabel Brown); ferner die Herren: Ludwig Christ (Johnny Burns), Emil Süde (Fred), Leo Tischer (Jonathan For), Reinhold Freiberg (Billy Beans) und Theo Leonhardt (Napoleon Vicker). — Textdichter und Komponist werden der Vorstellung betwohnen.

\* Zirkustheater. Das tägliche Repertoirestück „Prinz und Bettlerin“ wird nur noch bis einschließlich Freitag gespielt. Am Sonnabend den 31. Januar findet die Eröffnung der neuen Stücke „Schreden der Fremdenlegion“ statt. Das Werk wird sowohl an Dekorationen wie Kostümen ganz neu ausgestattet.

## Letzte Nachrichten.

Re. Lublin, 28. Januar. Zwei Arbeiter ver suchten aus einem Schober Hüben herauszunehmen. Nachdem sie bereits ein ziemlich tiefes Loch gegraben hatten, stürzten die Erdmassen ein und begruben die beiden Arbeiter unter sich. Der eine fand den Tod durch Erstickung, während der andre schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht wurde.

Re. London, 28. Januar. Der Streik der Kohlen-träger, der vor kurzem begonnen hat, hat gestern nachmittag durch einen Beschluß der Kohlenträger, die Bedingungen der Arbeitgeber anzunehmen, sein Ende gefunden. Die Kohlenträger hatten eine Vohnerhöhung von einem Penny pro Stunde gefordert, die ihnen von den Arbeitgebern auch bewilligt wurde. Bereits gestern haben 1500 Mann die Arbeit wieder aufgenommen.

Re. London, 28. Januar. Wie die „Times“ aus Tokio meldet, hat die Polizei von Kagoshima festgestellt, daß bei den kürzlichen Erdbeben und Vulkan ausbrüchen in der Stadt selbst 33 Personen umgekommen sind, während 18 Leute von der Insel Sakurashima vermisst werden.

Re. London, 28. Januar. Der Tarifkrieg zwischen den Großschiffahrtslinien ist in ein neues Stadium eingetreten. Bisher hatten die englischen Linien ihre Frachttäge nur für den Verkehr zwischen England und den Vereinigten Staaten heruntergesetzt. Gestern abend verkündeten jedoch die Cunard Line, die White Star Line und die Canadian Pacific Line, daß sie ihre Frachttäge ebenso für den Transport nach Kanada herunterlegen werden. Die Reduktion beträgt 20 Schilling für die Frachttäge nach dem Osten und 10 Schilling für die Frachttäge nach dem Westen. Der „Exchange Telegraph“ veröffentlicht ein Interview mit einem Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie, in welchem er erklärt wird, daß der Tarifkrieg zwischen ihr und dem Norddeutschen Lloyd bis aufs Messer geführt werden würde. Die Hamburg-Amerika-Linie wünscht den gesamten Passagierdienst in ihre Hand zu bekommen.

Re. Sofia, 28. Januar. Gestern ist ein Erlass erschienen, der den Termin der Neuwahlen zur Sobranje auf den 8. März festsetzt. Die Wahlen werden auch in Neubulgarien durchgeführt, das 41 Deputierte zu stellen hat.

Re. Sofia, 28. Januar. Die Führer sämtlicher oppositioneller Parteien haben eine Deputation zum König Ferdinand entsandt um den König auf die gelegentlichen Maßnahmen des Ministerpräsidenten Radostawow aufmerksam zu machen und vom König zu verlangen, daß er das Kabinett Radostawow entlasse. Der König hat die Deputation nicht empfangen. Daraufhin haben die Agrarier an den Chef der königlichen Kabinettskanzlei ein Memorandum gerichtet, in dem sie ihre Forderungen darlegen und insbesondere betonen, daß sie der König, falls dieser Radostawow nicht zur Demission veranlassen sollte, für die darauf folgenden schweren Ereignisse verantwortlich machen müßten.

Re. Madrid, 28. Januar. Ein Eifersuchtsattentat gegen ihre Mutter und deren Freund verübte gestern eine der Madrider guten Gesellschaft angehörende junge Dame. Die 19jährige Maria Cruz wollte die Liebe ihrer Mutter mit niemand teilen und geriet, als sie die Mutter mit ihrem Freunde daheim traf, in solche Raserei, daß sie eine Flasche mit Vitriol ergriff und den ärgenden Inhalt über die beiden entleerte. Die Mutter sowohl wie der Freund wurden ans gräßliche verbrannt und haben das Augenlicht verloren. Maria Cruz wurde verhaftet. Sie entschuldigt ihre Tat damit, daß sie ihre Mutter abgöttisch liebe und gefährlich habe, der Freund könne die Liebe der Mutter von ihr abwenden.

Re. New York, 28. Januar. Spät nachts aus San Francisco hier eingelaufene Telegramme belagen, daß der Schiffsgoer Polu- und Personenzug, der im District von Santa Barbara infolge der Ueberschwemmung mit 100 Passagieren verloren gegangen war, wieder aufgefunden worden ist. Die Passagiere befanden sich in sehr trauriger Lage, sie konnten nur auf Booten ans Land rufen im Wasser stehenden Zuge herausgebracht werden. Enorme Landrücken in Kalifornien heben unter Wasser, der gesamte Zugverkehr ist unterbrochen.

Kapstadt, 28. Januar. Die Arbeiterführer, über welche die Deportation verhängt worden ist, wurden gestern unter harter Schwachung von Transvaal nach Natal übergeführt. Dort wurden sie gestern abend auf einen Dampfer gebracht, der vor Tagesanbruch nach England abgeht und unterwegs keinen Hafen anlaufen wird. Die Deportationsverfügung erfolgte unter dem Kriegrecht.

Port-au-Prince (Haiti), 28. Januar. Präsident Loubat hat sich gestern auf den deutschen Kreuzer „Bisaya“ beschützt, nachdem in der Stadt ein Kampf ausgebrochen war. Die „Bisaya“ und der amerikanische Panzerkreuzer „Montana“ haben Kanonen gefeuert. Die Revolution hebt sich über den ganzen Norden Haitis aus. In Port-au-Prince und Gonaives hat sich die gesamte Bevölkerung erhoben. Kap Haitien befindet sich in den Händen der Aufständischen.

Jerusalem, 28. Januar. Das französische Bankhaus Brier hat eine auf 40 Jahre lautende Konzession erhalten zum Bau einer Straßenbahn von Jerusalem nach Bethlehem zur Instandhaltung der elektrischen Beleuchtung der Stadt und zur Anlage einer Wasserleitung von Badi Forah aus.

## Wettervorhersage.

Donnerstag den 29. Januar: Lebhafter West, wolfig, mild, ohne nennenswerte Niederschläge.

